Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 38. Freitag, den 14. Februar 1913. 20. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

Das historische Wesen des Imperialismus.

II.

Wie wir schon erwähnten, knüpft die Genossin R. Luxemburg ihre Untersuchung an den zweiten Band des „Kapitals“ von Marx an, und zwar besonders an dessen Schlußkapitel über die Akkumulation und erweiterte Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals.

Weder die einfache noch die erweiterte Reproduktion ist eine Eigentümlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft. Die eine wie die andere findet in jeder menschlichen Gesellschaft statt, sobald die Beherrschung der Natur durch die Menschen eine Höhe erreicht hat, die einen regelmäßigen Kreislauf von Produktion und Konsumtion gestattet. Reproduktion heißt Erneuerung der Produktion. Sobald eine Produktionsperiode abgelaufen ist, müssen Rohstoffe, Werkzeuge, Arbeitskräfte da sein, um eine neue Produktionsperiode zu beginnen. Und diese neue Produktionsperiode muß sich auf erweiterter Stufenleiter vollziehen, wenn anders eine geschichtliche Entwicklung stattfinden soll.

In der kapitalistischen Gesellschaft nehmen einfache und erweiterte Reproduktion nur eine besondere Form an. In ihr findet überhaupt keine planmäßige Produktion für gesellschaftliche Zwecke statt, sondern zahllose Individuen produzieren auf eigene Faust, nicht um die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um Mehrwert zu erzielen. Die Produktion von Mehrwert ist die treibende Kraft der kapitalistischen Produktionsweise. Der einzelne Kapitalist wirft ein bestimmtes Kapital in den Kreislauf des Produktionsprozesses, um Mehrwert zu gewinnen. Den Mehrwert selbst verwendet er teils für die Befriedigung seiner Bedürfnisse, teils schlägt er ihn zu seinem Kapital, um in größerem Umfange Mehrwert zu produzieren. Das ist keineswegs in sein Belieben gestellt, sondern es handelt sich dabei um seine ganze Existenz. In dem allgemeinen Konkurrenzkampfe der einzelnen Produzenten kann er sich nur durch stete Erweiterung seiner Produktion oben erhalten; ein Stillstand wäre für ihn der wirtschaftliche Tod.

So vollzieht sich die Akkumulation des Kapitals, die in der kapitalistischen Gesellschaft die Grundlage der erweiterten Reproduktion bildet. Aber so einfach die Sache aussieht, so hat sie doch ihren eigentümlichen Haken. Der kapitalisierte Teil des Mehrwertes besteht zunächst in Waren, die realisiert, verkauft, zu Gelde gemacht werden müssen, wenn er in den Kreislauf des Produktionsprozesses geworfen werden soll. Unter dem Gesichtspunkt des gesellschaflichen Gesamtkapitals entsteht dann die Frage: wo sind die Käufer für den akkumulierten Mehrwert? Die Kapitalistenklasse kann sie nicht stellen, denn sie will ja eben diesen Teil ihres Mehrwertes nicht konsumieren, sondern kapitalisieren. Ebenso wenig kann die Arbeiterklasse die Käufer liefern, denn wenn auch in der Ware, die der einzelne Arbeiter vom Kapitalisten kauft, ein Teil des Mehrwertes realisiert werden mag, so kann die Arbeiterklasse als solche doch keinen Deut mehr in die Taschen der Kapitalisten zurückfließen lassen, als im günstigsten Falle die Löhne, die ihr von diesen aus ihrem Kapital vorgeschossen worden sind.

Nun gibt es in der kapitalistischen Gesellschaft nicht bloß Kapitalisten und Proletarier, sondern eine Menge „dritter Personen“, sogar ganze Bevölkerungsschichten: liberale Berufe, Aerzte, Rechtsanwälte, Künstler, die Kirche mit ihren Dienern, der Staat mit seinen Beamten und Soldaten: „König, Pfaff, Professor, Hure, Kriegsknecht“, wie Marx einmal sagt. Aber auch sie können die Nachfrage nicht stellen, die zur Erweiterung der Produktion notwendig ist, und zwar aus dem einfachen Grund nicht, weil sie selbst von der kapitalistischen Gesellschaft ernährt werden. Die liberalen Berufe bekommen ihre Geldmittel, d. h. ihre Anweisungen auf einen Teil des gesellschaftlichen Produkts meist direkt oder indirekt aus der Hand der Kapitalistenklasse, die sie mit Splittern ihres Mehrwerts abfindet. Soweit sind sie als Verzehrer des Mehrwertes mit ihrer Konsumtion der Kapitalistenklasse zuzuzählen. Dasselbe gilt von der Geistlichkeit, nur daß diese zum Teil ihre Mittel auch von den Arbeitern, also aus den Arbeiterlöhnen bezieht. Endlich der Staat mit seinen Beamten und Soldaten wird aus den Steuern erhalten, und die Steuern liegen entweder auf dem Mehrwert oder auf dem Arbeitslohn. So sind alle diese Bevölkerungsschichten, die neben den Kapitalisten und den Proletariern innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft existieren, nur Mitverzehre, sei es des Mehrwertes, sei es des Arbeitslohnes.

Bliebe noch der auswärtige Handel. Aber es liegt auf der Hand, daß er die Frage nicht beantwortet, sondern nur von einem ins andere Land verschiebt.

Marx sucht das Problem nun im Schlußkapitel seines zweiten Bandes zu lösen. Es ist dabei zu beobachten, daß dieser zweite Band nur aus Bruchstücken besteht, aus Ansätzen zur Selbstverständigung, aus Entwürfen, die Marx selbst schon, namentlich auch das Kapital, um das es sich hier handelt, als der Durcharbeitung „dringend bedürftig“ bezeichnet hat. Es ist deshalb eigentlich schon zuviel behauptet, wenn man von einer Lösung des Problems spricht, die Marx versucht habe. Es liegen nur die Anfänge eines solchen Versuches vor, und es sind nur diese Anfänge, die die Genossin Luxemburg als ungenügend erachtet, um die streitige Frage zu entscheiden. Die Kapitel ihres Buches, in denen sie sich darüber verbreitet, sind wie seine scharfsinnigsten, so auch seine schwierigsten Abschnitte; es ist geistige Filigranarbeit, die sich nicht zusammenfassen läßt, ohne zu zerbrechen.

Im großen und ganzen handelt es sich um diesen Gegensatz: Um das Problem in seiner Reinheit zu erfassen, unterstellt Marx, daß die kapitalistische Produktionsweise allein und ausschließlich auf der ganzen Erde herrsche, und demgemäß die einzigen Vertreter der gesellschaftlichen Konsumtion die Kapitalisten- und die Arbeiterklasse seien (wobei die „dritten Personen“ der kapitalistischen Gesellschaft: Beamte, liberale Berufe, Geistliche usw. als Konsumenten beider Klassen und namentlich der Kapitalistenklasse mit unterlaufen). Da es in Wirklichkeit noch nie eine sich selbst genügende kapitalistische Gesellschaft mit ausschließlicher Herrschaft der kapitalistischen Produktion gegeben hat, so war die Unterstellung, die Marx machte, für ihn natürlich nur ein theoretischer Notbehelf, wie er durchaus zulässig ist, wenn es darauf ankommt, ein wissenschaftliches Problem in seiner Reinheit darzustellen. Ebenso natürlich bestreitet die Genossin Luxemburg die Zulässigkeit solcher theoretischen Notbehelfe nicht. Aber sie findet, daß Marx in diesem besonderen Falle den entscheidenden Gesichtspunkt übersehen habe. Sie ihrerseits behauptet, daß die Frage, so wie sie Marx stelle, überhaupt nicht zu lösen sei. Unter der Voraussetzung, daß die kapitalistische Produktionsweise überall herrsche, und die kapitalistische Gesellschaft sich in zwei schroff geschiedene Klassen teile, in Lohnarbeiter, die Mehrwert produzieren, und in Kapitalisten, die Mehrwert aneignen, sei der Kapitalismus unmöglich. Als allein herrschende Wirtschaftsform sei er undenkbar, weil ihm die Möglichkeit fehlen würde, den in Produkten enthaltenen Mehrwert zu realisieren.

Ehe die Genossin Luxemburg nun dazu übergeht, ihre Auffassung der Frage zu entwickeln, gibt sie in dem zweiten Drittel ihres Buches eine „geschichtliche Darstellung des Problems“; sie legt eingehend dar, wie die politische Oekonomie in den verschiedenen Ländern, erst in England und Frankreich, dann in Deutschland und endlich in Rußland hinter die Rätsel der Akkumulation und der Reproduktion zu kommen bemüht gewesen ist. Diese Darstellung dient in hervorragendem Maße dazu, das Thema von den verschiedensten Seiten zu beleuchten, zugleich hat sie aber einen selbständigen Wert als eine Art Kursus durch die Geschichte der politischen Oekonomie seit dem Anfange des neunzehnten Jahrhunderts. Es ist richtig, daß die Genossin Luxemburg nicht über jenen „abgeklärten“ Stil gebietet, den der Historiker haben soll, notabene nach der Forderung der langweiligen Universitätsperücken, aber dafür weiß sie den oft trockenen Stoff frisch und munter zu beleben.

Besonders erfreulich ist, wie in ihrer Darstellung Sismondi herauskommt, ein Oekonom, der offenbar großen Einfluß auf Marx gehabt hat, von diesem aber, wenn auch stets mit Achtung, so doch nur verhältnismäßig selten erwähnt wird. Das Bild, das die Genossin Luxemburg von ihm entwirft, wirkt ebenso lebendig wie sympathisch, obgleich die Fehler, Lücken und Schwächen seiner Beweisführung gelegentlich mit schärferen Worten gekennzeichnet werden, als gerade notwendig gewesen wäre. Das Bild von Rodbertus — in allen Einzelheiten treffend gezeichnet — leidet in seiner Gesamtheit ein wenig unter der höchst verdienten Abstrafung der Universitätsbonzen, die mit seinem Namen demagogischen Unfug getrieben haben oder noch treiben. Von nicht nur historischem, sondern auch politischem Interesse ist dann der russische Abschnitt über den Waffengang zwischen den „Volkstümlern“ Woronzow-Nikolajon und den „legalen Marxisten“ Struve, Bulgakow und Tugan-Barowsky.

In dem letzten Drittel des Buches entwickelt die Genossin Luxemburg ihre eigene Auffassung des Problems. Dazu noch einige Worte im nächsten Artikel.

Franz Mehring.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Echt preußische Verwaltung.

Der Justizetat wurde gestern im Reichstag zu Ende beraten. In der Hauptsache drehte sich die Verhandlung um den vom Staatssekretär geforderten sechsten Reichsanwalt, und der Staatssekretär selbst sowie einige Redner aus dem Hause suchten die Sozialdemokratie noch in letzter Stunde von der Notwendigkeit dieser neuen Einrichtung zu überreden. Zu Beginn der Sitzung machte der Fortschrittler Haas einige nette Bemerkungen über die Weltfremdheit der Richter und die allzu formalistische Rechtsprechung. Er verlangte auch in diesem Zusammenhang, daß bei der Ausbildung der Juristen nationalökonomische Kenntnisse und Kenntnis der gewerblichen Praxis eine größere Rolle spielen. Seine Bemerkungen über die Klassenjustiz waren dagegen ebensowenig originell und ebensowenig überzeugend, wie die Einwände, die schon an den vorhergegangenen Tagen von den anderen bürgerlichen Parteien vorgebracht worden waren. Die Bemerkungen des Nationalliberalen Dr. Junck und des Herrn Dr. Arendt bezogen sich in der Hauptsache auf den neuen Reichsanwalt, ohne daß im übrigen ihren Bemühungen ein praktischer Erfolg erwachsen wäre. Die Stelle wurde mit 143 gegen 116 Stimmen gestrichen. Als letzter Redner zum Justizetat hatte der Zentrumsabgeordnete Birkenmayer gegen den elsässischen Zentrümler Dr. Haegy lustig polemisiert, wegen dessen Geringschätzung der badischen Tugendhaftigkeit.

Herr Krätke, der Staatssekretär des Reichspostamts, konnte dann seinen Platz auf der Anklagebank der Regierung einnehmen. Der Beginn der Beratung seines Etats wird ihn jedenfalls wenig gefreut haben. Er mußte sich die einstündige Rede des Genossen Ebert anhören, der an der echtpreußischen Verwaltungspraxis des gegenwärtigen Staatssekretärs und seiner Behörden eine ebenso unbarmherzige wie unbedigt gerechte Kritik übte. Wenn Herr Krätke nicht in allen Fällen schon die reichlichsten Beweise seines unüberwindlichen burokratischen Eigensinns gegeben hätte, so müßte man tatsächlich annehmen, daß er doch etwas stutzig werden müßte, sowohl über die innere Berechtigung seines Systems wie über den Erfolg, den er doch jedenfalls erwartete.

Genosse Ebert wandte sich vor allem gegen die ganz verkehrte Grundauffassung, die die Post lediglich zu einer Erwerbsanstalt machen möchte, und deshalb ohne Rücksicht auf die Erfordernisse einer vernünftigen Sozialpolitik auf Kosten des Personals nur ewig sparen will. Die heftigste und wirksamste Kritik richtete unser Redner gegen das geradezu unerhörte Verhalten der Postverwaltung gegen ihr eigenes Personal. Er konnte darauf hinweisen, daß der Reichstag selbst eine Besserstellung der Postbeamten in verschiedenen Resolutionen fast jedesmal einmütig beschlossen hatte, und daß trotz der hierdurch wohl genügend bekundeten Bescheidenheit der Forderungen die Verwaltung alle Beschlüsse ignoriert hat. Wie berechtigt diese Forderungen waren, konnte Ebert an den jammervollen Beförderungsverhältnissen und an der kläglichen Besoldung der Unterbeamten, vor allem der Postboten, überzeugend nachweisen. Die Regierung begnügt sich aber nicht damit, die berechtigten Wünsche des Personals abzulehnen, sie behandelt ihre Beamten auch, wie der sozialdemokratische Redner an einzelnen Beispielen nachwies, so von oben herunter, daß allerdings die größte Erbitterung entstehen muß.

Herr Hegenscheidt von der Reichspartei und der Lothringer Windeck sagten dann noch irgend etwas, und zum Schluß überrumpelte der blondgelockte Dr. Werner-Gießen das Haus mit der revolutionären Forderung einer Uniform für die Postmechaniker.

Die Pensionsberechtigung der Militärarbeiter.

Das Kriegsministerium hat dem Reichstage eine Denkschrift über die Ergebnisse von Erwägungen zugehen lassen, die darüber angestellt wurden, ob eine Pensionskasse für die nichtpensionsberechtigten Arbeiter der Militärverwaltung errichtet werden könne. Gegenwärtig gibt das Kriegsministerium laufende Invaliden- und laufende Witwenunterstützungen, ferner Erziehungsbeihilfen für Waisen, Sterbeunterstützungen und einmalige Unterstützungen. Invaliden- und Witwenunterstützungen werden nach den Grundsätzen gewährt, die für Beamte mit gleicher Dienstzeit und gleichem Diensteinkommen maßgebend sind. Die Witwenunterstützung beträgt mindestens 108 Mk. pro Jahr; die Erziehungsbeihilfen erreichen je nach der Bedürftigkeit eine Höhe von 3—6 Mk. monatlich für Waisen, 6—12 Mk. für Doppelwaisen. Die laufende Witwenunterstützung und die Erziehungsbeihilfen dürfen jedoch zusammen den Betrag der laufenden Invalidenunterstützung nicht übersteigen, die für die Berechnung der laufenden

Witwenunterstützung maßgebend war. Sterbeunterstützung wird den Hinterbliebenen des im Dienste verstorbenen Personals bis zur Höhe des monatlichen Durchschnittsverdienstes des Verstorbenen gezahlt, wenn der Tod infolge eines Unglücksfalls im Dienste eingetreten ist, oder wenn besondere Bedürftigkeit nachgewiesen wird. Auf die laufenden Unterstützungen werden angerechnet: die Bezüge aus der reichsgesetzlichen Versicherung, sowie etwaige laufende Bewilligungen, die dem Personal aus Reichs- oder Staatsmitteln zufließen (Pensionen, Hinterbliebenenversorgung usw.).

Die Arbeiter wünschen nun einen Rechtsanspruch auf diese Unterstützungen, und dieses Verlangen ist berechtigt, denn es ist immerhin nicht ausgeschlossen, daß bei der Verweigerung der Unterstützung auch andere als nur sachliche Gründe maßgebend sein können. — Das Kriegsministerium hat nun versicherungstechnische Ermittlungen über die aufzubringenden Beiträge zu einer Pensionskasse anstellen lassen und kam dabei zu Beiträgen von 58,48 Mk. bei 850 Mk. Einkommen und 286,96 Mk. bei einem Einkommen von 2250 Mk. Um den erforderlichen Vermögensstock zu bekommen, sollen Zuschläge zu den Beiträgen in Höhe von 36 Proz. kommen. Die Beiträge würden damit allerdings enorm hoch werden. Gegenwärtig werden alle Zuwendungen aus dem Unterstützungsfonds bestritten, den der Reichstag alljährlich zu bewilligen hat. Diese Summe stieg von Jahr zu Jahr. Sie betrug im Jahre 1912 1 647 000 Mk.

Die Heeresverwaltung unterstellt nun, daß das Reich nichts mehr zu leisten habe, sobald die Pensionskasse gegründet wird, und kommt deshalb zu den hohen Beiträgen. Das Reich hat den Unterstützungsfonds bewilligt. Wird das Reich von dieser Last befreit, so ist es nicht unangebracht, daß das Reich der neuen Pensionskasse einen bestimmten Grundstock zuweist, der auf eine Reihe von Jahren verteilt werden kann. Die Militärverwaltung türmt hier Schwierigkeiten auf, die ganz leicht beseitigt werden können. Die Arbeiter wünschen nun, daß ihnen ein Rechtsanspruch auf das eingeräumt wird, was ihnen heute freiwillig gewährt wird. Den Weg, den die Heeresverwaltung betritt, wollen sie bestimmt nicht eingeschlagen wissen, und es wird Sache des Reichstags sein, der Heeresverwaltung zu zeigen, daß das erstrebte Ziel weit einfacher zu erreichen ist.

Das Volk soll weiter hungern.

Beinahe ein Jahr ists her, da stand Exzellenz Wermuth auf der Tribüne des Reichstags und versicherte, die Interpellation der Sozialdemokraten wegen der Teuerung sei überflüssig und zur unrechten Zeit eingebracht. Denn — so versicherte der Herr Staatssekretär — „die Preise aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind im Sinken". Der Herr Staatssekretär hatte sich damit — vermutlich verleitet durch die falschen Informationen seiner Büchsenspanner — einer glatten Unwahrheit schuldig gemacht. Es wurde ihm nachgewiesen, daß im Gegenteil die Preise für Fleisch, Butter, Eier, Getreide und Futtermittel im Steigen waren. Seitdem hat Wermuth als Oberbürgermeister von Berlin gelernt, die Marktverhältnisse besser zu beobachten; die schlampigen Informationen der Reichsbehörden würden ihm heute nicht mehr genügen. Es verdient auch alle Anerkennung, daß er, zu besserer Einsicht gelangt, für die Bekämpfung der Fleischnot in der Reichshauptstadt getan hat, was in seinen Kräften steht, und daß er für die Aufhebung des tollen § 12 des Fleischbeschaugesetzes, der die Versorgung Deutschlands mit Fleisch aus entlegenen Gebieten hindert, eintritt.

Nichts gelernt und nichts vergessen hat aber die Reichsregierung und auch die Majorität des Reichstags. Die Majorität lehnt selbst die äußerst bescheidene Forderung ab, daß die Zufuhr von Fleisch für die kleineren Gemeinden, und nicht nur für die Großstädte, ermöglichen wird. Den Kommentar dazu aber liefert die neueste Preiszusammenstellung der amtlichen statistischen Korrespondenz für Preußen. Daraus ergibt sich nämlich folgendes über die Kleinhandelspreise für Fleisch (für das Kilogramm in Pfennigen gerechnet):

	Rindfleisch	Kalbfleisch	Hammelfleisch	Schweinefleisch
Im Januar 1913	182,2	205,6	192,1	183,2
„ „ 1912	168,8	186,6	170,5	145,8
„ „ 1911	166,5	187,0	171,9	158,5
„ „ 1910	155,7	178,4	166,3	167,8
„ „ 1909	154,4	172,0	163,7	156,4

Es sind also nach dieser Aufstellung die Preise seit 1909 um rund 18 Prozent gestiegen. Nun ist es aber notorisch, daß die Statistik, soweit es sich um die Kleinhandelspreise handelt, sehr ungenau ist. Die Fachleute sind allgemein der Ansicht, daß die Preissteigerung hier ganz unzureichend erfaßt, daß sie in Wirklichkeit erheblich größer ist.

Und welche Aussichten bestehen für die nächste Zukunft? Vor uns liegen die Ergebnisse einer Umfrage, die die Allgemeine Fleischerzeitung darüber veranstaltet hat. Das bekannte Fachblatt hat eine Reihe von Obermeistern der Fleischerinnungen und die großen Viehhandlerfirmen befragt, und die Antworten lauten übereinstimmend dahin, daß für die nächste Zeit keine Rede von einem Rückgang der Preise sein könne. Die Gründe, die diese Sachverständigen anführen, sind auch sehr einleuchtend: Nach der Dürre im Jahre 1911 verkauften die Landwirte, besonders die Kleinbauern, was irgend zu verkaufen war, denn sie konnten bei dem Futtermangel das Vieh nicht durchhalten. Seit einem Jahre aber haben wir außerordentlich hohe Preise, und das veranlaßte die Landwirte erst recht zum Verkaufen, um von diesen Preisen zu profitieren. Die Folge ist, daß heute die Viehbestände stark reduziert sind, daß vielfach das Jungvieh geschlachtet wurde, bevor es noch schlachtreif war. Bei reduzierten Viehbeständen aber können die Landwirte jetzt wohl die Preise hochhalten, ja, es ist sogar ein Gebot rationeller Wirtschaft, daß sie jetzt vor allem dafür sorgen, die Viehbestände zu vermehren, und zu verkaufen. Es ergibt sich die eigentümliche Situation, die eine ganze Anzahl der Sachverständigen bedauert: bringt das Frühjahr günstige Futteraussichten, dann gibt es unerschwingbar hohe Viehpreise, weil dann jeder vernünftige Landwirt darauf sorgen wird, erst einmal wieder einen Viehstand auf die frühere Höhe zu bringen. Das Fazit der Aussagen der Sachverständigen ist also: aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Preise in den nächsten Monaten weiter steigen, auf einen Rückgang ist nicht zu rechnen!

Bei einer solchen Situation kann es nur einen vernünftigen Ausweg geben: gänzliche Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle, Öffnung der Grenzen, Beseitigung der Hindernisse für die Fleischeinfuhr. Aber diese einfache Logik leuchtet den famosen „Volksvertretern" nicht ein. Der Schnapsblock der Junker, Schlachtschitzen und Pfaffen ist verstärkt worden durch die nationalmiserablen Schacherpolitiker, und diese Mehrheit von Agrarwucherern dekretiert: das Volk soll weiter hungern!

Preußisches Abgeordnetenhaus.

In der Donnerstagssitzung des Dreiklassenhauses wurde der Bauetat zu Ende beraten. Der konservative Abgeordnete v. Pappenheim forderte, daß jede weitere Verbesserung der Rhein-Schiffahrts-Verhältnisse unterbleiben möge, solange Holland nicht seine Zustimmung zu den Schiffahrtsabgaben erklärt habe. Diese sonderbare Forderung, die schließlich nur zu einer Schädigung Deutschlands führen könnte, wurde von dem fortschrittlichen Abg. Dr. Flesch und dem nationalliberalen Abg. Dr. Röchling bekämpft. — An den Bauetat schloß sich die Beratung der Beratung der Berliner Opernhausfrage. Gen. Dr. Karl Liebknecht wandte sich scharf dagegen, daß man der Stadt Berlin auch noch Opfer für diesen höfischen Zweck auferlege, da die Stadt Berlin, wenn sie künstlerische Aufgaben lösen wolle, dies nur für die breiten Massen ihrer Bevölkerung zu tun habe. — Dann wurde in die Beratung des Etats der Zölle und indirekten Steuern eingegangen. Hierbei kam es zu einer kleinen, aber wichtigen Debatte zwischen dem freikonservativen Abgeordneten Freiherrn von Zedlitz und dem Fortschrittler Dr. Pachnicke. Pachnicke sprach nämlich auch über die Frage der Deckung der kommenden neuen Militärvorlage und wünschte im Gegensatz zu dem bekannten Vorschlage des Grafen Schwerin-Löwitz, daß die Besitzsteuer nicht den Einzelstaaten überlassen, sondern vom Reich gemacht werden solle. Diesem Verlangen setzte sich Zedlitz entschieden entgegen, indem er rund heraus erklärte, daß, wenn der Reichstag mit seiner starken Sozialdemokratie die Besitzsteuer mache, dies schließlich zu einer Vermögenskonfiskation führen könnte. Zedlitz berief sich sogar noch auf das leider nicht ganz im Gedächtnis unserer Zeit haftende Wort des Herrn von Heydebrand, daß man dem demokratisch gewählten Reichstage nicht das Portemonnaie der Besitzenden ausliefern dürfe. — Auf verschiedene Zollbeamtenwünsche, die in der Debatte vorgetragen wurden, antwortete der Finanzminister ablehnend, wobei er dem Parlament noch die schlechte Zensur ausstellte, daß es, anstatt die Beamtenwünsche zuzustutzen, diese noch mehr vergrößere.

Das Petroleummonopol.

Die Reichstagskommission trat gestern in die zweite Lesung der Vorlage ein. Der Sprecher der Sozialdemokratie bemerkte, daß die Sozialdemokraten nun in der zweiten Lesung bereit seien, dem Monopol in der Form einer Aktiengesellschaft zuzustimmen. Diese Form soll ähnlich der Organisationsform der Reichsbank sein, nur mit dem Unterschiede, daß das Reich an der Aktiengesellschaft des Petroleummonopols auch mit Kapital beteiligt sein soll. Der Grund für die Zustimmung zu dieser Organisationsform des Petroleummonopols liege darin, daß durch sie die Versorgung des Landes mit Petroleum in Kriegszeiten voraussichtlich gesicherter sei, als bei einem Reichsmonopol. Doch solle auch bei der Form der Vertriebsgesellschaft dem Reich die ganze Leitung des Geschäfts übertragen werden. — In der Abstimmung wurde der grundlegende § 1 nach der Regierungsvorlage angenommen mit allen gegen die Stimmen des Zentrums und der Polen.

Ein Sieg der Reaktion.

In der Reichstagskommission betr. die Jugendgerichte wurde ein Antrag auf Zulassung weiblicher Schöffen bei diesen Gerichten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler und der Polen abgelehnt.

Die hinausgeschmissenen Pächter.

Der Kaiser hat in seiner Rede im Landwirtschaftsrat erzählt, daß er einen Pächter hinausgeschmissen habe; die Form, in der er es erzählte, hat unter den Junkern verständnisinnige Heiterkeit ausgelöst. Er sagte: . . . Mit einem Teil des lebenden Inventars will ich demnächst ein Vorwerk besetzen, um so mehr, als ich meinen Pächter hinausgeschmissen habe (lebhafte Heiterkeit), der nichts mehr taugte, und das ich in eigene Regie übernehmen will. (Heitere Zustimmung.)

Die „Berliner Morgenzeitung" läßt sich nun über den Streit des Kaisers mit dem „hinausgeschmissenen Pächter, der nichts mehr taugte", aus Elbing berichten:

„Das zu der Herrschaft Cadinen gehörige Vorwerk Rehberg ist von dem Vorbesitzer des Kaisers am 22. Oktober 1892 an den Rittergutspächter Helmuth Sohst verpachtet worden, kurze Zeit vor dem Erwerb des Gutes durch den Kaiser. Schon im Pachtvertrage war die Errichtung eines neuen Wohnhauses für den Pächter vorgesehen. Es haben dann mehrere Jahre lang Verhandlungen zwischen der Gutsverwaltung von Cadinen und dem Pächter wegen des Neubaues geschwebt, und es ist eine Reihe von Bauplänen, deren Ausführungskosten zwischen 28 000 und und 35 000 Mk. schwankten, angefertigt worden, ohne daß eine Einigung über ein bestimmtes Bauprojekt erzielt werden konnte. Der Kaiser zeigte lebhaftes Interesse für die Erbauung eines neuen Wohnhauses. Er war der Meinung, daß das Pächterwohnhaus nicht so sei, wie man es von dem Wohnhause auf dem Pachtgrundstück eines Standesherrn verlangen könne. Nachdem in einem Vorprozeß festgestellt worden war, daß der Pächter auf Grund des Pachtvertrages verpflichtet sei, die an den Pachtgebäuden notwendigen Reparaturen vorzunehmen oder das Pachtgrundstück zu räumen, ließ der Pächter die erforderlichen Reparaturen in der Tat vornehmen. Der Kaiser aber, der durchaus einen Neubau aufführen wollte, ließ durch seine Gutsverwaltung von Cadinen eine neue Klage gegen den Pächter erheben, mit dem Antrag, festzustellen, daß der Beklagte verpflichtet sei, die zur Errichtung eines Neubaues des Pächterwohnhauses erforderlichen Hand- und Spanndienste ohne Entschädigung zu leisten und ein Fünftel zu den Baukosten beizutragen. Der Pächter, der früher selbst ein neues Wohnhaus gewünscht hatte, stellte sich jetzt auf den Standpunkt, er sei wohl berechtigt gewesen, einen Neubau zu verlangen, sei aber nicht verpflichtet, einen Neubau zu dulden. Das Landgericht Elbing hat den Beklagten im wesentlichen nach dem Klageantrage verurteilt, im Gegensatz hierzu hat aber das Oberlandesgericht Marienwerder die Klage des Kaisers abgewiesen. Gegen diese Entscheidung hatte der Kaiser Revision beim Reichsgericht einlegen lassen. Im Mai v. J. hat jedoch das Reichsgericht auch die Revision abgewiesen.

Ob Sohst zurzeit noch auf der Pachtung ist, hat sich noch nicht ermitteln lassen."

In der Budgetkommission

wurde bei Beratung des Marineetats ein Antrag angenommen, der für das nächste Jahr eine Vorlage auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Marineinfanterie und Matrosenartillerie fordert, mit einer Mehrheit aus Sozialdemokraten, Zentrum und Polen, bei Stimmenthaltung der Fortschrittlichen Volkspartei.

Zu einem lebhaften Zusammenstoß zwischen Marineverwaltung und Kommissionsmehrheit führte die Kritik, die an den Tafel- und Messegeldern der Seeoffiziere geübt wurde. Diese Gelder haben schon in früheren Jahren eine Rolle gespielt, ebenso die Zulagen für bestimmte höhere Offiziere. Das Zentrum stellte diesen Antrag: „Diese Zulagen werden gezahlt für die Tage der dauernden Abwesenheit bei Fahrten auf hoher See." Staatssekretär v. Tirpitz erklärte in großer Erregung, er bleibe nicht einen Tag länger Staatssekretär, wenn dieser Antrag angenommen würde. Von den Genossen Ledebour und Südekum wurde dem Staatssekretär scharf geantwortet. Es sei gar keine Art, so gegen die Kommission aufzutrumpfen, wenn diese, wie es ihre Pflicht ist, eine sachliche Prüfung des Tafelgelderwesens, das eine Ausgabe von beinahe sechs Millionen erfordert, vornehmen wolle. Die Abstimmung über den Antrag ist noch nicht erfolgt.

Im elsaß-lothringischen Landtage

wurde das Beamtenbesoldungsgesetz in dritter Lesung angenommen. Gegenüber dem Regierungsetat wurden für die unteren Beamten 60 000, für die mittleren Beamten 50 000 Mk. mehr bewilligt, was die sozialdemokratische Fraktion veranlaßte, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, obwohl von unserer Seite besonders hervorgehoben wurde, daß bei einigermaßen gutem Willen der bürgerlichen Parteien für die unteren Beamten mehr hätte bewilligt werden können. Auch das neue Lehrerbesoldungsgesetz fand in dritter Lesung Annahme. Hier zeigte sich, wie viel die bürgerlichen Parteien, namentlich das Zentrum, für die Volkserzieher übrig haben. Die Verbesserungsanträge der Sozialdemokratie, die den Lehrern ein höheres Gehalt als den Schleusenwärtern und Straßenkehrern geben wollten, wurden abgelehnt, selbst ein Antrag, das Grundgehalt der Lehrer auf 1400 Mk. festzusetzen. Damit die Lehrer auch wissen, wo ihre Freunde sind, beantragten unsere Genossen namentliche Abstimmung, was den Zentrümlern und Gesinnungsgenossen sichtlich unangenehm war. — Bei der ersten Lesung des Etats des Statthalters wurde die Streichung der Repräsentationsgelder des künftigen Statthalters von 200 000 auf 100 000 Mk. gegen die Stimmen der Fortschrittler, die darin eine Schwächung der Stellung des Statthalters sahen, angenommen. — Genosse Emmel interpellierte die elsaß-lothringische Regierung, wie die Bundesratsstimmen zur kommenden Militärvorlage instruiert würden. Die Regierung erklärte, daß sie die Stimmen im Sinne der Verteidigung des Landes instruieren würde. Dies gab Emmel Veranlassung, eine recht kräftige Abrechnung mit den immer zu Rüstungen und neuen Steuerbewilligungen für Heer und Marine neigenden Parteien zu halten. — Im weiteren Verlauf der Debatte kritisierte Genosse Böhle, daß eine Beihilfe aus dem Dispositionsfonds für die Volksbibliothek abgelehnt worden sei, und zwar, weil dort die sozialdemokratische „Freie Presse" aufliege. Von Regierungsseite wurde erklärt, daß die Ablehnung der Beihilfe mit dem Aufliegen der „Freien Presse" nichts zu tun habe; es mußte aber zugegeben werden, daß Erhebungen nach dieser Richtung hin gemacht worden sind.

Balkan.

Die Schießerei auf Adrianopel wird noch immer fortgesetzt, ohne daß bis jetzt ein nennenswerter Erfolg zu verzeichnen ist. Auch von Gallipoli liegen irgendwelche verläßliche Meldungen heute nicht vor.

Authentischen Nachrichten zufolge sind die Landungsversuche Enver Beis mißlungen. Ungefähr 20 000 Mann versuchten zwischen Rodosto und Tscharköj zu landen. Sie stießen jedoch auf eine größere Truppenmacht und mußten sich zurückziehen und wieder einschiffen. Sie sollen jetzt nach Gallapoli dirigiert werden.

Der serbische Ministerrat beschloß, 80 000 Mann und Geschütze Bulgarien zur Verfügung zu stellen; dafür soll Bulgarien alle von dem serbischen Heer eroberten Gebiete als serbischen Besitz anerkennen. — Haben denn die Serben noch 80 000 Mann zur Verfügung??

Albanien soll in vollem Aufruhr sein. Ueber 30 000 Mann unter Issa Boljetinatz und Rizza Bei zogen von Djakowa nach Dibra vor, das jetzt in den Händen der Serben ist.

Authentisch verlautet, daß der Initiativvorschlag des türkischen Botschafters in London bei Sir Edward Grey wegen Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen gescheitert ist. Das wäre außerordentlich zu bedauern.

Amerika.

Die mexikanische Revolution ist noch nicht abgeschlossen, da der bisherige Präsident Madera den Platz doch nicht gutmütig räumen will. Täglich finden jetzt Kämpfe zwischen den Anhängern Maderas und Anhänger

Diaz, der gerne in das Präsidentenpalais einziehen möchte, statt. Bei den Straßenkämpfen in der Hauptstadt fielen mehrere Amerikaner verirrten Kugeln zum Opfer. Während der Kämpfe fielen 300 Mann und 1500 wurden verwundet. Die Angehörigen der fremden Nationen erbitten den Schutz ihrer Mächte.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 14. Februar.

Jahresbericht der Filiale Lübeck des Deutschen Schneiderverbandes für das Jahr 1912. In unserm letzten Jahresbericht konnten wir feststellen, daß das Jahr 1911 für uns ein sehr ruhiges und friedliches war, teilten aber schon mit, daß am 1. Dezember 1911 zum 1. März 1912 unser Tarif für die Herrenmaß-, Uniform- und Damenschneiderei gekündigt wurde. Wir wiesen schon damals darauf hin, daß wir gerüstet sein müßten, um jeden Vorstoß der Arbeitgeber zurückschlagen zu können. Es ist uns der Kampf auch nicht erspart geblieben, denn das Jahr 1912 war ein Kampfjahr, wodurch die Jahre 1905 und 1907 in den Schatten gestellt werden. Es ist dieserhalb auch begreiflich, daß für die Ortsverwaltung Arbeit in Fülle vorhanden war. Die Ortsverwaltung hielt zur Erledigung ihrer Geschäfte 31 Sitzungen ab. Im Berichtsjahr fanden 24 Mitglieder- und 4 Damenschneiderversammlungen statt. Der Versammlungsbesuch war, soweit die Versammlungen sich mit der Lohnbewegung beschäftigten, ein sehr guter, sonst ließ er manches zu wünschen übrig. Der schriftliche Verkehr gestalltete sich folgendermaßen: eingegangen sind 196 Briefe, Karten und Drucksachen, Ausgänge 331. Am 13. Dezember fand die erste Tarifverhandlung mit den Arbeitgebern statt, in welcher die Zuteilung der Geschäfte in die einzelnen Klassen erfolgte. Im ganzen waren 8 Sitzungen nötig zur Durchberatung des Tarifes. Vom Arbeitgeberverband war uns 2½ % Lohnerhöhung angeboten, außerdem waren bei verschiedenen Stücken noch Abzüge gemacht. In den späteren Sitzungen gingen die Arbeitgeber allerdings auf 5 % hinauf, was auch für uns nicht annehmbar war. Der ganze Tarif, außer den Extraarbeiten, mußte den Hauptvorständen zur Schlichtung überwiesen werden. Bemerkt muß noch werden, daß die Arbeitgeber beim Uniformtarif jede Zulage verweigerten, ebenso wären auch die Damenschneider nach dem Angebot der Arbeitgeber leer ausgegangen. Am 22. Februar begannen in Frankfurt a. M. die Verhandlungen, die sich bis zum 26. Februar hinzogen und auch zu keinem Abschluß führten. Am 27. Februar wurde in unserer Mitgliederversammlung über die Verhandlungen Bericht erstattet, auch wurden die Beschlüsse des Vorstandes und Beirats den Mitgliedern unterbreitet, wonach am 1. März in sämtlichen Geschäften, die dem Adav angehörten, die Arbeit eingestellt würde. Des weiteren sollten die Streikenden die erste Woche auf Unterstützung verzichten, wogegen die in Arbeit bleibenden Kollegen während der Dauer des Streiks doppelte Beiträge zu bezahlen hätten. Sämtliche Vorschläge wurden einstimmig angenommen. Am 1. März wurde in 36 Geschäften mit 232 Arbeitern die Arbeit eingestellt. 12 Geschäfte mit 33 Arbeitern bewilligten unsere Forderungen. Im Laufe des Streiks erhöhte sich die Zahl der Bewilligungen auf 21 Geschäfte mit 64 Arbeitern. Am 2. April begannen in Jena die Verhandlungen vor den drei Unparteiischen, die am 6. April beendigt waren und für Lübeck 7 % Lohnerhöhung für die Herrenmaß- und Damenschneiderei brachten; Uniformschneiderei 5 %. Am Dienstag, dem 9. April nahmen unsere Mitglieder Stellung zu der Lohnerhöhung; fast einstimmig wurde es verurteilt, daß wir nach einem sechswöchigem Streik für eine solche Zulage anfangen müßten. Da aber Lübeck nicht allein in Frage kam, sondern die Situation in ganz Deutschland im Auge behalten werden mußte, gaben sich die Mitglieder unter diesen Umständen mit dem Schiedsspruch zufrieden. Es wurde am Mittwoch, 10. April, die Arbeit wieder aufgenommen. Arbeitswillige waren während des Streiks 14 vorhanden; ein Organisierter wurde zum Streikbrecher. Die verlorene Arbeitszeit betrug für die männlichen Kollegen 2905, für die weiblichen 123 Tage. Der Verlust an Arbeitsverdienst betrug 12 687 Mark. Die Lohnerhöhung für den einzelnen Beteiligten betrug pro Woche 1,80 Mark, insgesamt für 232 Personen 398,40 Mark. Die Ausgaben für Streikunterstützung aus der Hauptkasse beliefen sich auf 6273,40 Mark, aus der Lokalkasse 2933,60 Mark, in Summa 9207 Mark. Nach Beendigung des Streiks waren noch mehrere Sitzungen nötig wegen Streitigkeiten über die Auslegung des Tarifes. Verschiedene Streitigkeiten fanden ihre Erledigung durch Vermittelung der beiderseitigen Vorsitzenden. Am 1. Oktober kündigten uns die Arbeitgeber ihr Verhältnis zum paritätischen Arbeitsnachweis. In einer vorhergehenden Sitzung erklärten die Herren, daß sie in der Saison nicht genügend Arbeitskräfte bekämen. Nun liegt aber die Sache doch so, daß in der Saison überall die Arbeitskräfte knapp sind, wogegen in der stillen Zeit die Zugereisten tagelang auf Arbeit warten müssen, und da diese nicht vorhanden ist, zur Weiterreise gezwungen sind. Im verflossenen Jahr ist der Zuzug erheblich zurückgegangen, Schuld hieran ist wohl die schlechte Entlohnung der Arbeiter gegenüber unseren Nachbarstädten. Vielfach trägt aber auch die Behandlung einzelner Zuschneider den Arbeitern gegenüber dazu bei, daß die Zugereisten den Staub Lübecks baldigst wieder abschütteln. Wird in beiden Fällen eine Änderung eintreten, dann sind auch Arbeitskräfte vorhanden. Der Mitgliederbestand am 31. Dezember 1911 betrug 238, aufgenommen 41, zugereist 19, abgereist 60, ausgetreten 6, gestrichen 7, Bestand am 31. Dezember 1912 227 Mitglieder. Die Kassenverhältnisse sind folgende: Einnahme der Hauptkasse 5617,03 Mark. Ausgabe für Reiseunterstützung 245,36 Mark, Krankenunterstützung 858,25 Mark, am Ort zurückbehalten 1045,56 Mark, an die Hauptkasse gesandt 3388,90 Mark, Zuschuß zum Streik 73,97 Mark, Summa 5612,04 Mark. Bestand 4.99 Mark. Lokalkasse: Bestand am 31. Dezember 1911 2315,87 Mark. Einnahme 5446,43 Mark. Ausgabe 5194,60 Mark. Bestand am 31. Dezember 251,83 Mark. Wir haben ein Jahr reger Arbeit hinter uns. Die Organisation hat alles aufgeboten, um den Mitgliedern zu ihrem Recht zu verhelfen. Sollte nicht jeder Wunsch in Erfüllung gegangen sein, so muß dieses uns anspornen, noch mehr wie sonst für den Verband zu agitieren und denselben nach innen und außen zu festigen. Wenn jeder einzelne sich weiter an der Ausbauung der Organisation beteiligen wird, dann werden wir auch späteren Kämpfen ruhig entgegensehen können.

mh. **Vom menschlichen Sehen.** Vortragswesen der Oberschulbehörde. Mit seinem zweiten Vortrage begab sich Herr Dr. med. Schlodtmann auf das Gebiet der Brille. Leider gibt es eine große Anzahl von Menschen, deren Augen von den normalen abweichen. Zum Zwecke der Behebung dieser Nachteile werden die technischen Hilfsmittel zu Rate gezogen. Die wirksamste Unterstützung ist die Brille. Durch Experimente, die mit einem Projektionsapparate vorgenommen wurden, demonstrierte der Vortragende die beiden Hauptformen der Linsen, die Sammel- und die Zerstreuungslinse. Eine richtig bestimmte Brille erhöht nicht nur die Sehkraft des Auges, sondern schont dasselbe auch. Der Gebrauch der Brille greift daher entgegen vorurteiligen Behauptungen die Augen nicht an. Selbst das normale Auge erfährt Veränderungen in gewissem Alter. Die Elastizität der Augenlinse nimmt mit den Jahren immer mehr ab, bis sie in einem Alter von ungefähr 70 Jahren zu einem starren Körper wird. Das behindert die Brechkraft des Auges, d. h. es kann Gegenstände in der Nähe nicht mehr deutlich erkennen. Ende der fünfziger Jahre sind solche Augen nicht mehr fähig, lesen zu können. Dieser Mangel wird durch eine konvexe oder Sammellinse beseitigt. Man wendet zunächst schwache Gläser an, die aber im Laufe der Jahre durch stärkere ersetzt werden müssen. Dieses geht ungefähr bis zum 70. Lebensjahre fort, bis die Augenlinsen starr geworden sind, und dann kann man mit der Brille, die man in dieser Periode trägt, bis zu seinem Lebensende aus, ohne daß sie durch eine schärfere ersetzt zu werden braucht. Kurzsichtige Augen werden meistenteils durch das viele Lesen und Schreiben hervorgerufen. Nach diesem Gesichtspunkte sind bei ca. 10 000 Schulkindern verschiedener Schulen Statistiken vorgenommen worden. Die Nachforschungen zeitigten folgendes Resultat: Es waren kurzsichtig in den Dorfschulen 11,2 Proz., in den Elementarschulen 6,7 Proz., in den Mittelschulen 10,3 Proz., in den Realschulen 19,7 Proz. und in den Gymnasien 26,2 Proz. Daß der Unterricht und die hygienischen Verhältnisse in der Schule die Augen in starkem Maße beeinflussen, ist ohne weiteres klar. In seinen weiteren Ausführungen behandelte Redner die Weitsichtigkeit und die Starbrille. Zum Schluß dankte Herr Dr. Schlodtmann für die Aufmerksamkeit, die seinen manchmal auch etwas trockenen aber notwendigen Ausführungen gewidmet wurde. Dafür sollen die Zuhörer in den beiden nächsten Vorträgen über das wirkliche Sehen selbst reichlich belohnt werden.

Eine Arbeitsniederlegung fand gestern beim Erdbauunternehmer Meyn statt. Die Gründe dafür sind folgende: In der Kiesgrube bei Klein-Disnach waren die Arbeiter der Firma Meyn mit dem Abtragen von Boden beschäftigt. Sie verrichteten diese Arbeit in Akkord und bekamen 16 Pfg. pro Lore. Der Verdienst, den die Leute bei dieser schweren Arbeit erzielten, belief sich auf 3,20 bis 3,30 Mk. bei täglich zehnstündiger Arbeitszeit und obendrein noch einen langen Weg zur Arbeitsstätte. Bei den gegenwärtigen teuren Zeiten ist mit einem derartig niedrigen Lohn einfach nicht auszukommen, deshalb verlangten die Arbeiter, man solle ihnen einen Tagelohn von 4 Mark sichern. Das würde jedoch abgelehnt mit dem Bemerken, das könne es wohl nicht geben, denn sonst trügen sich die Arbeiter darauf und täten noch weniger. Der Schachtmeister schimpfte sogar, die Leute wären so faul, daß man mit dem Stock nachtreiben müßte. Diese unwürdige Behandlung und die traurigen Lohnverhältnisse veranlaßten die Arbeiter, die teilweise schon längere Jahre für Meyn tätig waren, gestern morgen die Arbeit niederzulegen. Nur einige Russen arbeiten weiter. Es ist wohl anzunehmen, daß hiesige Arbeiter kein Verlangen spüren, unter diesen Umständen die leeren Plätze beim Erdbauunternehmer Meyn einzunehmen.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (zehn Pfennig für je 20 Gramm): „Prinz Friedrich Wilhelm" ab Bremen 15. Februar, „Kronprinzessin Cecilie" ab Bremen 18. Februar, „Kleist" ab Bremen 22. Februar, „Amerika" ab Hamburg 25. Februar, „President Lincoln" ab Hamburg 27. Februar, „Kaiser Wilhelm II." ab Bremen 4. März, „Kaiserin Auguste Victoria" ab Hamburg 6. März, „George Washington" ab Bremen 8. März, „Kronprinzessin Cecilie" ab Bremen 18. März; Postschluß nach Ankunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe, außer „President Lincoln", sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsgelegenheit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerke, wie „direkter Weg" oder „über Bremen oder Hamburg" zu versehen.

Das Opfer des Mordes bei Rothebek, Frl. Dettmann, wurde gestern in Krummesse unter zahlreicher Beteiligung zu Grabe getragen. Die Mörder sind leider bisher noch nicht gefaßt worden.

Ein Schadenfeuer kam gestern abend gegen 9½ Uhr in dem Schuppen der Baumaterialienhandlung von H. L. Behn, der an der Obertrave neben den ehemaligen Salzspeichern steht, zum Ausbruch. Dachpappe, Rohrdecken und anderes Baumaterial, welches dort lagerte, fiel dem Brande zum Opfer. Kurz nach 11 Uhr verließen die letzten Spritzen die Brandstätte, da jegliche Gefahr beseitigt war. Da die Schläuche der Spritzen von Hydranten am Holstentor gespeist wurden und über die Straßenbahnschienen gelegt waren, so mußte der Straßenbahnverkehr duech Umsteigen aufrecht erhalten werden.

Ein Kind verbrannt. In der Kahlhorststraße gerieten heute mittag gegen 12 Uhr die Kleider eines 7jährigen Mädchens in Brand, welches dem auf der Straße stehenden offenen Koksfeuer, das zum Bleischmelzen für das Legen von Gasröhren benutzt wird, zu nahe gekommen war. Das Kind glich einer lodernden Fackel. Der in der Nähe befindliche Kutscher Kähning von der Phönix-Brauerei eilte dem unglücklichen Kinde schnell zu Hilfe und erstickte die Flammen, wobei er sich Brandwunden an den Händen zuzog. Das Kind, welches an den Oberarmen, an der Brust und am Rücken erhebliche Verletzungen erlitten hat, wurde nach dem Kinderhospital gebracht. Wie uns berichtet wird, war das Koksfeuer ohne Aufsicht gelassen worden, wodurch das Unglück verschuldet wurde.

pb. **Einbruch in Schönböcken.** Am 8. ds. Mts. sind aus einem Hause in Schönböcken mittels Einbruchs 360 Mark in 20- und 10-Mark-Stücken, 1 goldene Damenuhr mit Sprungdeckel und langer goldener Kette und 2 mit Marken vollgeklebte Rabattmarkenbücher (Lubeca) gestohlen worden. Die Uhr trägt die Fabriknummer 36921, außerdem ist in dem Deckel die Zahl 2372 eingekratzt.

bp. **Fahrraddiebstahl.** Am 10. ds. Mts., gegen 5½ Uhr nachmittags, ist in der Straße Engelswisch ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach unten gebogener Lenkstange und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 16251 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Die Felge des Hinterrades ist mit einem roten Streifen versehen.

pb. **Jugendlicher Sünder am Eigentum.** Ermittelt und festgenommen wurde ein jugendlicher Arbeiter, der in einem Hause der Brandenbaumer Chaussee eine Taschenuhr gestohlen hat.

pb. **Schuhdiebstahl.** In der Nacht vom 12./13. d. M. sind aus einem an der Breiten Straße belegenen Schuhwarengeschäfte 30 Paar Herren- und Damenstiefel mittels Einbruchs gestohlen worden.

pb. **Aus einer Bodenkammer** eines Hauses der Ziegelstraße sind nachstehende Gegenstände gestohlen worden: 1 goldene Damen-Remontoiruhr, 1 Double-Halskette, 1 rote Korallenkette, 1 weiße Blusennadel.

pb. **Entwendete Strümpfe.** Am 13. d. M., abends zwischen 7 und 9½ Uhr sind von einem an der Schönkampstraße belegenen Grundstücke 6 Paar fast neue schwarze Kinderstrümpfe von der Waschleine gestohlen worden.

pb. **Bleirohre gestohlen.** Aus einem an der Roeckstraße belegenen Neubau sind in der Zeit vom 7.—13. d. M. drei Enden Bleirohr von je etwa 40 cm Länge und ¾ Zoll Durchmesser gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Anschließend an Tralows Drama „Inge" wird heute das amüsante Lustspiel „Lottchens Geburtstag" von Thoma gegeben. Die Direktion entspricht damit vielfachen an sie gerichteten Wünschen. Gleichzeitig soll wieder auf die beiden Aufführungen am Sonntag hingewiesen sein, auf „Waffenschmied" am Nachmittag als 7. Volksvorstellung, zu welcher die Plätze heute und morgen abend von 8—9 Uhr ausgelost werden, und auf „Bummelstudenten" am Abend, eine Posse, die überall, wo sie auf dem Spielplan steht, überaus beifällige Aufnahme findet.

Seereth. Die Parteiversammlung findet umständehalber nicht am Sonnabend, sondern am Sonntag dem 16. Februar statt.

m. **Malente.** Gemeinderatssitzung am 12. Februar 1913. Zunächst handelte es sich um die Anstellung eines neuen Lehrers. Es wurde beschlossen, die jetzige siebenstufige Schule in eine achtstufige zu verwandeln und die Anstellung einer neuen Lehrkraft auf gesetzlicher Grundlage bei der Regierung zu beantragen. Zu der Erhöhung der Lehrergehälter nach dem 1. Januar 1913, welche etwa 3000 Mark ausmacht, ist die Regierung laut Schulgesetz verpflichtet, 2240 Mark zu zahlen. Als Vorstandsmitglied bei der Gemeinde-Sparkasse wurde für Herrn Zimmermann, welcher zum Vorsitzenden bestimmt wurde, Privatmann R. Wulf gewählt. Herr E. Stegelmann stellte den Antrag, der Gemeinderat möchte bei dem Landesverband beantragen, den Fahrdamm der Bahnhofstraße vom Steinbusch bis zum Marktplatz bei der Kleinpflasterung um 2 Meter zu verbreitern, da dieses durch den großen Automobil- und Fuhrwerksverkehr, hauptsächlich im Sommer, notwendig sei. Die Anlieger seien zum größten Teil bereit, das Land dazu gratis abzugeben. Es wurde beschlossen, dieses beim Landesverband zu beantragen. Die Malenter Jugendwehr beabsichtigt ein Ruderboot anzuschaffen, und zwar auf dem Diekfee. Da dieser von der Gemeinde gepachtet ist und für jedes Boot 10 Mark Gebühr erhoben wird, so wurde nun vom Vorstand der Jugendwehr beantragt, die Gebühr für das Boot der Jugendwehr nicht zu erheben. Der Antrag wurde mit neun Stimmen angenommen.

Hamburg. Zum Streik auf der Hamburger Hochbahn nahm die Hamburger Bürgerschaft im Verlauf der Budgetberatung am Mittwoch Stellung. Genosse Hense schilderte die traurigen Lohn- und Anstellungsbedingungen, die das Personal der Hochbahn in den Ausstand getrieben haben. Im Anschluß daran kritisierte er das Verhalten der Polizeibehörde, die sich durch einen Erlaß gegen das Streikrecht der Arbeiter gewandt hat. Senator Sander verteidigte das Verhalten der Polizei, schwieg sich aber über die Lohnfrage aus. Von den meisten bürgerlichen Fraktionen wurde jedoch anerkannt, daß die Löhne der Hochbahnangestellten für Hamburg unerhört niedrig seien. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die staatliche Aufsichtsbehörde die Hochbahngesellschaft veranlassen müsse, anständige Löhne zu zahlen. In dieser Stellungnahme war die gesamte Bürgerschaft bis auf einige Großkapitalisten von der Rechten, die zum Teil am Hochbahnunternehmen selbst finanziell beteiligt sind, einig. Nach dem Streik hat auch bereits eine Aufbesserung der Löhne stattgefunden.

Flensburg. Soldatenquälereien. Ein Stellvertreter Gottes, der es arg getrieben hatte, stand hier vor dem Kriegsgericht. Die „Fl. N. Ztg." schreibt, daß, sobald ihr Berichterstatter erschienen sei, die Oeffentlichkeit ausgeschlossen wurde. Warum wohl erst, als ein Vertreter der Presse auf dem Plan erschien? Man scheint auf dem hiesigen Kriegsgericht überhaupt mit einer ungeheuren Heimlichkeit zu arbeiten, sodaß es selten mal einem Reporter gelingt, zur Verhandlung hineinzukommen. Da die Verhandlung also unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, muß man aus der Urteilsbegründung die Straftaten herauslesen. Angeklagt war der Vizefeldwebel Stamer von der ersten Kompagnie des Regiments Nr. 84 in Schleswig. Zur Anklage standen 16 Fälle. In einem Falle erfolgte Freisprechung, drei andere sind als unvorschriftsmäßige Behandlung aufzufassen, der Rest stellt sich aber als grobe Mißhandlung dar. Es steht fest, daß der Angeklagte einem Rekruten mehrfach Ohrfeigen gegeben, ihn 20 bis 30 Minuten hat in Kniebeuge verharren lassen, wobei er ihn mit dem Degen gestoßen hat. Einen anderen faßte er mit zwei Fingern an die Oberlippe und riß den Kopf herum, um ihm die „Richtung" beizubringen. Dabei wurde dem Rekruten ein falscher Zahn herausgebrochen. In einem anderen Fall ließ der Angeklagte einen Rekruten mit vier Sandsäcken im Tornister exerzieren, während die übrige Mannschaft sich rührte. Rekrut Michelsen mußte einmal solange sich auf die Erde werfen und dann wieder aufstehen, bis er ermattet umfiel: dabei mußte er zählen und erreichte die Zahl 50. In der Instruktionsstunde ließ der übereifrige „Erzieher" die ganze Mannschaft „Auf und nieder" üben, weil sie nach seiner Ansicht geschlafen, obwohl dies unmöglich war, weil alle standen. Andere Fälle erzählen wieder von Stoßen mit dem Degen, Kneifen in die Wangen und sonstigen Mißhandlungen. Bezeichnend ist dabei, daß sämtliche zur Last gelegten Straftaten erst in der Zeit vom 15. Januar dieses Jahres ab datieren. Der Angeklagte tat Ausbildungsdienste, die sonst in das Ressort eines Offiziers schlugen. Er stand dicht vor der Beförderung zum Kompagniefeldwebel. In der Begründung hieß es, daß nur die Lust zum Quälen die Veranlassung zu diesen Taten gewesen sei, deshalb könne von mildernden Umständen auch keine Rede sein. Es sei angebracht, über das beantragte Strafmaß hinaus zu gehen und den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis zu verurteilen. Beantragt waren fünf Monate.

Bremen. Die Bürgerschaft hat am Mittwoch über den Jahresbericht der Schuldeputation verhandelt. Herr Karrenberg, ein senatstreuer Schulvorsteher, glaubte die Zeit für gekommen, eine Attacke gegen die Sozialdemokratie, insbesondere gegen deren Organ, die „Bürger-Zeitung", reiten zu dürfen. In einer Kritik über ein Volkskonzert des Bremer Lehrer-Gesangvereins war den Sängern ihr überwiegend patriotisches Programm als gegen das Empfinden des Volkes verstoßend in scharfen Worten vorgehalten. Herr Karrenberg glaubte die Lehrerschaft gegen die Angriffe der Sozialdemokratie in Schutz nehmen zu müssen; die Kinder und deren Eltern würden gegen die Lehrer aufgehetzt. Genosse Holzmeier erinnerte Herrn Karrenberg daran, daß er es gewesen sei, der bei Gelegenheit des Gratulationstelegramms einer Anzahl Lehrer zu Bebels 70. Geburtstage den Lehrern schweren Schaden zugefügt habe, weil er mit 450 Kollegen und Kolleginnen der Behörde den Rücken gesteift habe. Die Lehrer haben gerade in der „Bürger-Zeitung" den sichersten Schutz bei der Vertretung ihrer Interessen gefunden. Die Genossen Rhein und Waigand unterstützten die Ausführungen Holzmeiers. Eine ganze Reihe Anträge der Bürgerschaft, Verbesserungen der Volksschule betreffend, ruhen seit Jahren in der Schuldeputation, ohne zur Erledigung zu kommen. An eine Aufhebung der entgeltlichen Volksschulen wolle man nicht heran, obwohl die Zustände immer unhaltbarer werden. Diese Kritik war den unentwegt liberalen Fortschrittlern sehr unangenehm, da sie glauben, auf die bremische Schule besonders stolz sein zu können. Waigand verbat es sich, daß Lehrer in der Schule über „das Wesen der Sozialdemokratie" Vorträge halten. Denn gerade die Lehrer, die nichts von den Zielen der Sozialdemokratie verstehen, wollen die Kinder von Sozialdemokraten über diese unterrichten.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

HOLSTENHAUS

G. M. B. H. LÜBECK. HOLSTENSTR.

Die nur noch wenige Tage währenden

BAZAR-TAGE

bieten enorme Vorteile, da die zum Verkauf gestellten Artikel fast durchweg einen weit höheren, teilweise den doppelten Wert haben.

48 Pfennig

1 m Blusenflanelle imitiert, in großen Streifensortiment.
Kinder-Unterröcke mit Leibchen.
Farbige Garnituren Serviteur und Manschetten.
Manschetten garantiert 4fach.
Serviteurs weich und gesteift.
3 Hohlsaumtaschentücher mit bunter Kante.

95 Pfennig

Damen-Unterröcke aus gestreiftem imitierten Wiener Leinen.
Plissierte Unterrockvolants aus imit. Wiener Leinen
2½ m Blusen-Zephire, vorzügliche waschechte Qualität.
Jacquard-Tischtuch für 4 Personen.
Herren-Normal- und Futterhosen, alle Größen.
Damen-Unterhemden. Reine Wolle, mit und ohne Aermeln.

48 Pfennig

Farbige Lackleder-Gürtel mit Schnalle.
3½ m reinseidene Haarbänder mit doppelter Kante.
Weiße Ballhandschuhe mit Fingern, 8 bis 12 Knopf lang.
Kinder-Südwester in Wachstuch.
Reinwollene Herrensocken.
Tüll-Jabots mit Einsatz und Spitzen.

95 Pfennig

Konfirmanden-Handschuhe, schwarz und weiß, ganz durchbrochen, 12 Knopf lang.
Regenschirme für Damen und Herren, mit starkem Naturstock.
Damen-Ringelstrümpfe. Reine Wolle, englisch lang.
Kinderstrümpfe, Wolle plattiert, für das Alter von 10—15 Jahren.
Damen-Blusen-Garnituren aus gepunktem Mull, mit Hohlsaum und Plissee.
Elegante weiße Glacé-Ledergürtel mit aparter Schnalle.

48 Pfennig

6 Stück Blumen-Fettseife im Karton
1 Frisier-Spiegel, weiß Celluloid mit vernickeltem Bügel.
Moderner Ball-Haarschmuck, Glasreiher, in allen Farben.
Garantie-Haarspangen, Schildpatt imitiert.
5 Feudel oder **5 Ledertücher** imitiert.
100 Briefbogen u. 100 Couverts, zus.

95 Pfennig

Straußfedern, weiß oder schwarz, 35 bis 40 cm lang.
Reinseidene Chiffon-Schals in allen Farben.
Damen-Hausschuhe Filztuch mit Ledersohle und Absatz,
Echte Korallen-Halsketten, 2reihig.
Baby-Armbänder, Silber 800/1000.
Silberne Blusennadeln, 800/1000.

Damen-Blusen- u. Reformschürzen

aus Ia. imit. Wiener Leinen mit Knopfgarnitur und Bortenbesatz

Bazarpreis **95** Pfennig.

Konfirmanden-Kleiderstoffe

doppelt breit reinwollene schwarze und farbige Cheviots und moderne Phantasiestoffe

Bazarpreis Meter **95** Pfennig.

Vorgezeichnete u. fertiggestickte Handarbeiten

Wäschebeutel, Paradehandtücher, Kissen, Tischservietten, Klammerschürzen, Wandschoner usw. usw.

Bazarpreis **48** Pfg. bezw. **95** Pfg.

Moderne Dam.-Handtaschen

Bügel-, Ueberschlag- und Besuchstaschen in Sammet, Autolack- und Moutonleder-Imitation

Bazarpreis **95** Pfennig.

Galanterie-Waren

Kakesdosen, Sahneservice, Zuckerschalen, Likörservice. Butter- u. Honigdosen, Blumenvasen usw.

Bazarpreis **95** Pfennig.

95 Pfennig

Knaben-Leibchenhosen, blau Cheviot für das Alter von 3—8 Jahren
Burschen-Maschinisten-Jacken aus blauem Pilot
Filztuch-Tischdecken mit Applikation und Stickerei
Linoleum-Läufer Meter
Reise- und Sofakissen Stück
Wachstuchdecken 85/115 Stück

48 Pfennig

6 Aluminium-Kaffeelöffel
Briefkasten lackiert
Petroleumkannen 2 Liter
Spülbürstenhalter lackiert
Zwiebel- oder **Topflappenbehälter**
Kaffee- und Zuckerdose

95 Pfennig

6 Alpakka-Kaffeelöffel
3 Alpakka-Eßlöffel oder **Forken**
Universal-Durchschlag mit 3 Sieben
Große Puddingform glatt oder gerippt
Springform mit Patentbügel
Puree-Pressen verzinnt

48 Pfennig

Kokosbesen mit Stiel
Teppichbürste mit Stiel
Bohnerwachs 1-Pfd.-Dose
Hartholz-Besteckkasten
Fußschemel lackiert
Aermelbrett bezogen

95 Pfennig

Emaille-Wassereimer 28 cm
Große Schmortöpfe grau oder braun
Reibemaschinen fein und grob

5 Paar Porzellantassen dekoriert
Große Porzellankaffeekannen
Majolika-Blumenkübel

48 Pfennig

Porzellan-Sauciere
Eierservice 4teilig, Porzellan
6 Speiseteller tief oder flach
Große Gemüseschüsseln
Konsole mit Maß emailliert
Kehrschaufel emailliert

SOWEIT VORRAT:

10 Paket Puddingpulver u. 1 große Stange Vanille zusammen **48 ₰**

1 Maggi-Suppentafel 10 Bouillonwürfel zusammen **48 ₰**

1 Dose Pflaumen süßsauer 1 Dose Schnitt- oder Brechbohnen zusammen **48 ₰**

3 Pfund Soda, 1 Pfund grüne Seife und 1 Paket Seifenpulver zusammen **48 ₰**

1 Pfund Weizenmehl, 1 Pfund Salz und 1 Pfund Reismehl zusammen **48 ₰**

Ia. frisches Fleisch:

Ia. junges Ochsenfleisch Bratenstücke Pfd. 80 ₰	Pfd. **75 ₰**	**Ia. jung. Schweinefleisch** Bratenstücke Pfd. 90 ₰	Pfd. **85 ₰**
Ia. jung. Hammelfleisch Bratenstücke Pfd. 90 ₰	Pfd. **80 ₰**	**Ia. junges Kalbfleisch** Bratenstücke Pfd. 80 ₰	Pfd. **65 ₰**

Schweineschmalz, gar. rein	Pfd. 72 ₰	**Zucker,** gemahlen	Pfd. 21 ₰
Leberwurst, Sülze	Pfd. 80 ₰	**Weizenmehl**	Pfd. 16 ₰
Blutwurst	Pfd. 80 ₰	**Blockschokolade**	Block 58 ₰
Ger. Gänse-Knochenbrust	Pfd. 1.00	**Gebrannte Gerste**	Pfd. 19 ₰
Gänsekeulen	Stück 65 ₰	**3 Pfd. Soda** 40 ₰ **Salz**	Pfd. 9 ₰
Schweizerkäse, saftig	Pfd. 95 ₰	**Apfelsinen**	Dutzend 68 48 20 ₰
Edamer Käse	Pfd. 95 ₰	**Weißkohl**	Pfd. 3 ₰
Holländer Käse	Pfd. 95 ₰	**Steckrüben**	Stück 8 ₰
Tilsiter Käse, pikant	Pfd. 58 ₰	**Grünkohl**	Pfd. 10 ₰
Frische Eier	10 Stück 86 ₰	**Wurzeln**	Pfd. 4 ₰

SOWEIT VORRAT: 1102

1 Pfd. **Speck** fett od. mager Landrauch **95 ₰**

2 Pfd. **Gänseklein** **95 ₰**

3 2-Pfd.-Dosen **Schnitt- oder Brechbohnen** **95 ₰**

4 Schachteln ca. 1 Pfd. Inh. **Camembert** **95 ₰**

1 Pfd. **Kakao,** garant. rein und **1** Pfd. **Zucker** zusammen **95 ₰**

Im Erfrischungsraum: Apfelschnitte mit Schlagsahne.....10 ₰ Kaffee mit Kuchen.....15 ₰

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 38. Freitag, den 14. Februar 1913. 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 13. Februar 1913.

111. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Lisco.

Präsident Dr. Kämpf teilt unter allgemeiner Unaufmerksamkeit das Dankschreiben des Kaiserpaares für den Glückwunsch zur Verlobung seiner Tochter mit. (Nur einige liberale Abgeordnete erheben sich, um die Verlesung des Schreibens in Ehrfurcht stehend anzuhören.)

Etat des Reichsjustizamts.

5. Tag.

Haas (Vp.): Sicherlich gibt es Urteile, die als Klassenjustiz zu bezeichnen sind, aber sie sind doch nur Ausnahmen. Niemand kann es billigen, wenn bei Streikprozessen jemand für ein Schimpfwort, das sonst mit 5 Mk. Geldstrafe geahndet wird, wochenlang ins Gefängnis geschickt wird. (Abg. Heine [SD.]: Solche Urteile erleben wir alle Tage!) Auch wir beklagen solche Urteile. Daß der Richter nicht aus seiner Haut heraus kann, ist nur ein schlechter Trost. Speziell in Norddeutschland haben die Richter, wie es scheint, kein Verständnis für die Ethik des Streiks. Wenn ein Arbeiter sich gegen den, der ihm beim Streik in den Rücken fällt, zu einem Schimpfwort fortreißen läßt, so handelt er doch nicht ehrlos. (Sehr richtig! bei den Soz.) Im Falle Eulenburg hätte es die einfache Staatsräson erfordert, daß schnell und scharf zugefaßt wird. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch Handel und Wandel haben über die Weltfremdheit der Richter zu klagen. Unsere Rechtsprechung ist viel zu formalistisch. In einem 12 Seiten langen Urteil entscheidet das Reichsgericht die Frage, ob der bei einem Preiskegeln ausgesetzte Preis einklagbar ist oder nicht, und zwar beginnt es mit der Untersuchung des Magdeburger Stadtrechts zu Anfang des 13. Jahrhunderts (Heiterkeit) und bedauert, daß es unmöglich sei, festzustellen, wie es vorher gehalten wurde. (Erneute Heiterkeit.) Wirklich gute Richter haben sich nie an den Begriff Jurisprudenz gehalten. Ein berühmter alter badischer Richter sagte stets zu seinen Rechtspraktikanten: „Wenn Ihr Recht sprechen sollt, so macht die Augen zu, und fragt Euch, wer hat Recht, und nachher sucht die juristischen Gründe, um die Entscheidung zu rechtfertigen." (Heiterkeit.) Bei der Ausbildung unserer jungen Juristen sollten ihnen auch nationalökonomische Kenntnisse und Kenntnis des gewerblichen Lebens vermittelt werden; wir brauchen eine moderne Rechtsprechung im modernen Deutschland. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Dr. Junck (NL.) befürwortet die nationalliberale Resolution, dem Reich, Staat und den Gemeinden bei Zwangsversteigerung ein Vorkaufsrecht zu gewähren. Politische Urteile gegen politische Gegner verurteilen auch wir, doch stehen den kritisierten Urteilen Tausende von einwandfreien Urteilen gegenüber. Das Vorgehen des preußischen Ministers des Innern gegenüber der Eintragung von Aerztevereinen ins Vereinsregister hat der Staatssekretär ja als formell einwandfrei verteidigt; aber der Minister des Innern hätte besser getan, das zu unterlassen, und sich lediglich um die Angelegenheiten seines Ressorts zu kümmern. Eine Lex Parsifal hat im Reichstage glücklicherweise keine Aussicht auf Annahme. Die Stelle des 6. Reichsanwalts ist dringend notwendig; das haben in der Kommission auch die Sozialdemokraten anerkannt. Im Plenum lassen sie sich nicht von sachlichen Gründen leiten, sondern wollen sie lediglich aus Demonstration ablehnen. Auch das Zentrum sollte sich den sachlichen Gründen für die Notwendigkeit dieser Stelle nicht verschließen. (Beifall bei den Natl.)

Staatssekretär Dr. Lisco bittet ebenfalls, den 6. Reichsanwalt zu bewilligen, es entspricht das den dringenden Bedürfnissen des Reichsgerichts.

Dr. Arendt (Rp.) bittet das Zentrum, von seiner Verärgerungspolitik abzusehen und den 6. Reichsanwalt zu bewilligen.

Birkenmayer (Z.) polemisiert gegen den Abg. Haegy, der das französische Recht gegenüber dem deutschen zu Unrecht hervorgehoben habe.

Die Abstimmung über die nationalliberale Resolution auf ein Vorverkaufsrecht von Reich, Staat und Gemeinden bei Zwangsversteigerungen bleibt zunächst zweifelhaft; der Hammelsprung ergibt die Ablehnung mit 134 gegen 125 Stimmen.

Die Resolution Belzer auf einen Gesetzentwurf über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses wird angenommen, desgleichen die nationalliberale Resolution, die verlangt, daß Verfügungen von Behörden, deren Anfechtung an eine Frist gebunden ist, am Schluß die Eröffnung enthalten müssen, wo, wie und in welcher Frist die Anfechtung anzubringen ist.

Die Abstimmung über den geforderten 6. Reichsanwalt bleibt zweifelhaft; der Hammelsprung ergibt die Ablehnung mit 143 gegen 116 Stimmen.

Es folgt die Beratung des

Post- und Telegraphenetats.

Ebert (SD.): Die Einnahmen des Postetats haben sich weit stärker vermehrt als die Ausgaben. Früher war das anders, dann aber setzte die sattsam bekannte Sparpolitik ein. Auch jetzt soll der Reichssäckel von der Post nicht weniger als 140 Millionen Mk. erhalten. Aber zu Lobeshymnen auf die Postverwaltung liegt kein Anlaß vor, denn der Ueberschuß wird zum großen Teil unter Widerspruch des Reichstages und im Gegensatz zu einer vernünftigen Sozialpolitik auf Kosten des Personals, besonders der unteren Schichten des Personals, herausgewirtschaftet. Im übrigen beruht er auf der allgemeinen Verkehrssteigerung, an der der Postfiskus unschuldig ist. Im Gegenteil sind ihm Verkehrssteigerungen unangenehm. Wer in der Post eine Erwerbsanstalt erblickt, dem werden Ueberschüsse natürlich wichtiger erscheinen, als die Durchführung einer großzügigen Verkehrspolitik. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr Oertel verlangte, wir sollten dem Poststaatssekretär das Rückgrat stärken gegenüber dem Schatzsekretär. Wir sehen aber, daß Herr Krätke und Herr Kühn ein Herz und eine Seele sind. Zum nächsten Weltpostkongreß sind aus den Kreisen von Handel und Industrie eine Reihe von Wünschen laut geworden, und die Postverwaltung sollte über ihre Stellung zu den dort angeregten Fragen eine klare Auskunft geben. Wird bei uns einmal eine Neuerung eingeführt, so ist sie sicher mit einer Verschlechterung verknüpft; ich verweise nur auf die Verschlechterung beim Postscheckgesetzentwurf, den die Kommission verbessert hat, und den die Verwaltung deshalb scheitern lassen will. Dann habe ich Beschwerde darüber zu führen, daß die Gewerkschaften und Krankenkassen von der Postverwaltung anders behandelt werden, als private Versicherungsgesellschaften; diese dürfen ihre Dienstpapiere als Geschäftspapiere verwenden, den letzteren wird es verwehrt. Gegen dieses Messen mit zweierlei Maß müssen wir scharfen Protest erheben und ich verlange vom Staatssekretär Abhilfe. Den heftigsten Widerspruch fordert die

Personalpolitik

der Postverwaltung heraus. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Reichstag ist in sozialpolitischen Dingen doch gewiß sehr zurückhaltend, und doch steht die Postverwaltung auf diesem Gebiete mit dem Reichstag beständig auf Kriegsfuß. Kein Privatunternehmer kann so nichtachtend an den berechtigten Wünschen seines Personals vorübergehen, wie die Postverwaltung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Im Vorjahre sind hier eine ganze Reihe von Resolutionen beschlossen worden, in denen eine Besserstellung des Postpersonals nach verschiedenen Richtungen hin verlangt wurde, und zwar wurden fast alle einmütig angenommen, wohl der beste Beweis für die Bescheidenheit der Forderungen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Trotzdem hat der Bundesrat uns mitgeteilt, daß die Beschlüsse fast alle unberücksichtigt in seinem großen Papierkorb verschwunden sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Das zeigt die Wertschätzung von Reichstagsbeschlüssen beim Bundesrat. Wenn wir nicht im Lande den Eindruck erwecken wollen, daß es dem Reichstag mit solchen Beschlüssen garnicht ernst sei, so müssen wir andere Wege einschlagen, um ihre Beachtung zu erzwingen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch der diesjährige Etat ändert nichts an den jammervollen Beförderungsverhältnissen. Dringend notwendig ist die Regelung der Besoldungsverhältnisse der gehobenen Stellen. Die Unterbeamten kommen in diese Steelln jetzt erst nach 20jähriger Dienstzeit, verbessern sich also bei dem Mindestgehalt von 1400 Mark wirtschaftlich garnicht, und kommen in den Genuß des Höchstgehaltes fast nie. Die Frist für die Zulassung zur Prüfung zu den gehobenen Stellen muß wesentlich verkürzt und vor allem vereinheitlicht werden. In Kiel beträgt sie 22 Jahre (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.), in Hamburg dagegen 15 Jahre. Den Beschluß des Reichstages, daß die feste Anstellung nach 10jähriger Dienstzeit erfolgen soll, hat der Bundesrat abgelehnt; es wird also auch weiterhin dabei bleiben, daß die Unterbeamten erst nach 12, 13 und 14 Jahren fest angestellt werden. Der Verwaltung ist das angenehmer, weil sie dadurch billiger wirtschaftet. Eines der

traurigsten Kapitel

der Personalpolitik ist das der Postboten. Sie erhalten ein Tagegeld von 2 Mk. und 3 Mk., also durchschnittlich im Reichsgebiet von 2,50 Mk. (Zuruf bei den Soz.: Unerhört!) Die erste Zulage erfolgt erst nach drei Jahren (Hört, hört!), und zwar beträgt sie ganze 10 Pfg. pro Tag, und steigert sich bis zum 8. Dienstjahre um weitere 10 Pfg. pro Tag, also auf durchschnittlich 3,30 Mk. Unter derartigen elenden Löhnen (Zuruf bei den Soz.: Hungerlöhne!), ja, wahrlich, es sind Hungerlöhne, mit denen 34 000 Postboten ihr Leben fristen müssen; bleiben diese Löhne doch an verschiedenen Orten hinter dem ortsüblichen Tagelohn zurück. (Hört, hört! bei den Soz.) Jede anständige Stadtverwaltung bezahlt ihre Straßenkehrer besser. (Sehr richtig! bei den Soz.) Daß mit solchem Lohn auch die notdürftigsten Lebensbedürfnisse nicht bestritten werden können, ist ja ganz selbstverständlich, besonders, wenn der Postbote verheiratet ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) In der Kommission sagte der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unverheiratete junge Leute. Nach der Statistik der Reichspostverwaltung selbst aber sind von 34 121 Postboten 56,4 Proz., also über die Hälfte, verheiratet. (Hört, hört!) Die Postverwaltung würde jawohl am liebsten die Postboten zum Zölibat zwingen, und auch heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn geraten sie dabei in Schulden, so laufen sie Gefahr, überhaupt nicht etatmäßig angestellt zu werden. Vielleicht beruft sich der Staatssekretär wieder darauf, daß sich trotzdem eine erhebliche Anzahl Personen zum Postdienst meldet. Wenn aber Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften für die Entlohnung bei der Post maßgebend sein soll, warum gilt dann dieser Grundsatz nicht auch für die höheren und höchsten Dienststellen, wo der Andrang bekanntlich sehr groß ist. (Sehr gut! bei den Soz.) Auch sollte man uns mitteilen, wie die Zahlen der Bewerber sich auf die einzelnen Postbezirke verteilen. Daß in agrarischen Bezirken eine große Anzahl von Landarbeitern der jämmerlichen Bezahlung und miserablen Behandlung durch die Junker die Post immer noch als kleineres Uebel vorziehen, ist begreiflich. (Sehr gut! b. d. Soz.) Gewiß werden sich auch in den Städten viele Arbeitslose melden, denn in der Not frißt der Teufel Fliegen, auch Reservisten, die von den Dienstverhältnissen bei der Post keine genaue Kenntnis haben. Tatsache ist aber auch, daß z. B. im westlichen Industriegebiet sich seit Jahren ein erheblicher Mangel an Bewerbern geltend macht, so daß man nur mit großer Mühe den Erholungsurlaub usw. hat durchhalten können. Die Arbeitsnachweise haben sogar versagt und in einem Falle hat man aktives Militär heranziehen müssen, um die Verkehrsschwierigkeiten bewältigen zu können. Auch hier in Berlin besteht Mangel an geeignetem Personal. Das hat z. B. eine Gerichtsverhandlung bewiesen, bei der ein Aushelfer wegen Unterschlagung verurteilt wurde, der bei seiner Einstellung in Lichtenberg lediglich gefragt wurde, ob er lesen und Briefe austragen könne. Wie leicht übrigens Postangestellte infolge schlechter Bezahlung in Versuchung kommen, Straftaten zu begehen, zeigt ein Fall in Schlesien, wo ein Postbote wegen Unterschlagung zu 4 Monaten verurteilt wurde, der mit einem Gehalt von 1,80 Mk. pro Tag angestellt war. (Hört, hört! b. d. Soz.) Mit Recht kann man hier sagen: „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt Ihr ihn der Pein". (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir haben daher eine Erhöhung der Tagegelder der Postboten um 10 % beantragt. Die Kommission hat dem zugestimmt, hoffentlich tritt der Reichstag diesem Beschluß bei. Hier muß in allererster Linie durch Erhöhung der betreffenden Etattitel eingegriffen werden, um die schreiendste Notlage unter diesen Postangestellten zu beseitigen. — Die Postunterbeamten haben jetzt 1100—1700 Mark. Nach der vorliegenden Resolution sollen sie 1200—1800 Mark erhalten. Das hat der Reichstag schon 1909 gefordert. Bei der seitdem erfolgten enormen Verteuerung des gesamten Lebensunterhaltes hätten wir Sozialdemokraten es für gerechtfertigt gehalten, diese Sätze jetzt zu erhöhen, um aber eine einmütige Entscheidung des Reichstages herbeizuführen, haben wir von einem solchen Antrage Abstand genommen. Bei den Unterbeamten handelt es sich durchschnittlich um fünfköpfige Familien, das Höchstgehalt wird erst nach 21 Dienstjahren, meist nach Vollendung des 50. Lebensjahres erreicht. Auch unter diesen Beamten herrscht eine wahre Notlage. Nach einer Haushaltsrechnung, die ich in einer Zeitschrift für Postbeamte gefunden habe, kommen die Postunterbeamten mit ihrem Gehalt auch bei der bescheidensten Wirtschaftsführung, wobei von Fleisch, Eiern, Butter, Ausgaben für belehrende oder gesellige Zwecke überhaupt keine Rede ist, nicht aus. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch die Regelung des Wohnungsgeldzuschusses für die unteren Beamten schlägt allen vernünftigen sozialen Grundsätzen ins Gesicht. Für diese fünfköpfigen Familien hat man zweieinhalb Zimmer zur Grundlage genommen, bei den mittleren Beamten mit durchschnittlich zwei Kindern viereinhalb Zimmer und für die unverheirateten Postgehilfen drei Zimmer. Das ist umso unsinniger als bekanntlich die Mietausgabe bei kleinem Einkommen verhältnismäßig am größten ist. Die Kommission schlägt Kinderzulagen vor; wer werden dieser Resolution beitreten. Am besten sollte man sie verwenden mit dem Wohnungsgeldzuschuß. Auch durch die Ortsklasseneinteilung sind besonders die Unterbeamten in den Orten schwer betroffen, wo es sich um besonders teure Lebensverhältnisse handelt, wie z. B. in Elberfeld-Barmen. Man sagt, es gibt viele Arbeiter, die noch weniger verdienen. Das beweist aber nur, unter welch elenden Verhältnissen diese Arbeiter leben (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und wie sträflich der Versuch ist, diesen Arbeitern das Koalitionsrecht und damit die Möglichkeit zu rauben, sich aus diesen Verhältnissen herauszuhelfen. Eine Regierung, die ihren Beamten jede Möglichkeit der Selbsthilfe nimmt, und die eine Wirtschaftspolitik betreibt, durch die die Preise der Lebensmittel immer mehr gesteigert werden, kann sich nicht darauf berufen, daß es noch Arbeiter gibt, die schlechter bezahlt werden, als Unterbeamte. Der Landwirtschaftsminister hat noch kürzlich mit kaltem Blute gesagt, das Publikum müsse sich daran gewöhnen, für Lebensmittel mehr auszugeben, als bisher. Dann muß sich aber auch die Regierung daran gewöhnen, ihre Arbeiter und Beamten so zu bezahlen, daß sie bei diesen Wucherpreisen sich mit ihrer Familie einigermaßen menschenwürdig durchs Leben schlagen können. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wie die Unterbeamten zu diesen Dingen stehen, beweist der Beschluß des Verbandstages der unteren Post- und Telegraphenbeamten vom September vorigen Jahres, worin es heißt: der Verbandstag beklagt auf das Tiefste, daß zur Beseitigung der wirtschaftlichen Notlage dieser Beamten bisher noch nichts geschehen ist. Er richtet erneut die dringende Bitte an die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches, durch sofortige Bereitstellung ausreichender Mittel zur Gewährung einer allgemeinen Notstandszulage die Gefahr einer Unterernährung und der immer weiter um sich greifenden Verschuldung abzuweisen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Reichstag sollte daher die zur Durchführung der erforderlichen Zulagen notwendigen Mittel in den Etat einstellen, wie das die Kommission vorschlägt. Wir werden aber der Assistentenzulage nur dann zustimmen können, wenn die Annahme der Zulage für die Postboten und Unterbeamten gesichert ist. Der Staatssekretär sieht in jeder Änderung des Besoldungsgesetzes die tausendköpfige Hydra aufsteigen. Das ist Gespensterseherei. Es handelt sich hier lediglich um die Einlösung alter Verpflichtungen, um eine Ehrenpflicht des Reichs, denn es ist 1909 allseitig erklärt worden, daß, wenn sich Härten bei der Durchführung des Besoldungsgesetzes ergeben sollten, sie immer noch beseitigt werden könnten. Man hat auch von der Rückwirkung auf die Bundesstaaten gesprochen. 1909 aber ist Preußen selbständig vorgegangen und hat dem Reiche seinen Willen aufgedrängt. Uebrigens sind in Württemberg, in Hamburg und Bremen die Unterbeamten viel besser gestellt. Es handelt sich hier um eine schwere Schuld der Parteien von den Konservativen bis zu den Nationalliberalen und der Regierung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Leider hat der Schatzsekretär in der Kommission eine ganz nichtssagende Erklärung in dieser Frage abgegeben. Von dem Widerstand der Regierung gegen diese Forderung der Beamten zeugt auch die Behandlung, die man den Eingaben der Unterbeamten hat zuteil werden lassen. Auch die konservativen Mitteilungen, das Zentralorgan der konservativen Partei in Deutschland, hat in ihrer Nummer vom 12. Oktober vorigen Jahres von Teuerungsgeschrei der Unterbeamten und von ihrem unbilligen Verlangen nach Zulagen gesprochen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist das Organ derselben Leute, die nicht genug über ihre angebliche Notlage schreien können und sich selbst auf Kosten des Volkes ihre Taschen füllen. Aber der Wink des Junkerorgans hat bei der Regierung seinen Zweck nicht erfüllt. Sie hat eine hochnotpeinliche Untersuchung eingeleitet, um die Vertrauensmänner des Vereins der Unterbeamten bei den einzelnen Behörden zu ermitteln. (Hört, hört! b. d. Soz.) Und der Reichskanzler soll allen oberen Reichsbehörden Anweisung gegeben haben, Eingaben der Unterbeamten nicht nur nicht stattzugeben, sondern sie überhaupt nicht zu beantworten. (Zuruf: Unerhört! b. d. Soz.) In ihrer Notlage würdigt die Regierung die Beamten keiner Antwort, aber bei Wahlen suche man durch Kundgebungen und Erlasse die Beamten zu zwingen, diese Regierungspolitik zu unterstützen. Das ist der Gipfel hochnäsiger Bureaukratie. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — (Präsident Dr. Kämpf: Dieser Ausdruck ist unparlamentarisch.) Wenn es an Geld mangelt, soll die Regierung mit der Besitzsteuer herausrücken. Der Reichstag wird sie gern bewilligen. (Zust. b. d. Soz.) Aber es scheint mir an der nötigen Homogenität oder dem erforderlichen Mut zu fehlen. Entgegen dem Willen des Reichstags geschieht nichts für die Besserstellung des Personals, wohl aber werden, auch entgegen dem Willen des Reichstags, die Ostmarkenzulagen wieder eingestellt. Wir werden sie nach wie vor ablehnen, wir verlangen statt dessen eine allgemeine Besserstellung der unteren und mittleren Postbeamten. (Sehr richtig!) Der Staatssekretär braucht also seinem gepreßten Herzen hier nicht Luft zu machen, sondern dem Bundesrat nur klar zu machen, daß er dieser Resolution zustimmen muß; das werden die Beamten im ganzen Reich freudig begrüßen. (Zustimmung.) Auch bei den Verhältnissen der Telegraphenarbeiter ist kein Fortschritt zu verzeichnen, obwohl es sich um recht bescheidene Forderungen handelt. Über die Einrichtung einer Pensionskasse ist uns eine Denkschrift versprochen; hoffentlich bedeutet das keine Ablehnung. Die Anrechnung der Arbeiterjahre auf das Besoldungsdienstalter, der Ausbau der Arbeiterausschüsse sind abgelehnt; wir halten an dieser durchaus berechtigten Forderung fest. Noch ein paar Worte über die staatsbürgerlichen Rechte der Postbeamten und Arbeiter. Mit juristischen Finessen sucht die Postverwaltung dieses Recht ihrer Beamten und Arbeiter zu erdrosseln. Wer das gut heißt, kann in den Beamten keine Männer von überzeugendem Charakter erblicken, sondern drückt sie zu Heloten und willenlosen Sklaven herab. (Sehr wahr!) Das ist Terrorismus in schlimmster Form. Nirgends kommt die Menschenwürde so sehr in Gefahr, als bei den Beamten und Staatsarbeitern. Wir haben diese Politik immer bekämpft und werden sie auch weiter be-

kämpfen. Auch die Staatsarbeiter und Beamten sind nicht Bürger zweiter Klasse, und alle Versuche, ihnen die staatsbürgerlichen Rechte zu nehmen, sind nichts anderes, als Akte rechtswidriger Willkür. (Präsident Kämpf ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Wie die Beamten sich zu den Parteien und zur Sozialdemokratie stellen, geht lediglich sie selbst an, wer sie an der freien Entscheidung hindert, der scheint kein reines Gewissen zu haben, der scheint ihre Entscheidung zu fürchten, und erzielt nichts weiter als Gesinnungslumperei. (Zustimmung bei den Soz.) Mit solcher Politik werden Sie die Sozialdemokratie nicht schädigen. Vom Parteistandpunkt aus betrachtet, könnten wir mit der Postpolitik uns abfinden; denn der Staatssekretär und seine Politik sind, wenn auch wider Willen, unsere besten Propagandisten unter dem Postvolk. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, sind sie ein Teil von jener Kraft, die das Böse will und doch das Gute schafft. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Reichsschatzsekretär Kühn: Die Budgetkommission hat gewisse Positionen des Etats erhöht. Aber der Reichstag kann das nicht einseitig tun. Materiell hat der Bundesrat zu den Beschlüssen der Budgetkommission noch nicht Stellung genommen.

Dr. Hegenscheidt (Rp.): Die Budgetkommission wünscht eine Besserstellung der unteren, mittleren und höheren Beamten; natürlich kann der Reichstag diese Besserstellung nicht einseitig vornehmen, doch hoffe ich, daß der Bundesrat uns entgegenkommen wird. Ersparnisse wollen wir natürlich gern machen, aber nicht bei der Ostmarkenpolitik. Die Beamten in den Ostmarken müßten glauben, daß die Zulage ihnen dauernd gewährt wird. (Widerspruch bei den Polen; Zuruf bei den Soz.: Das war ein Aberglaube!)

Windeck (Lothr.) begründet eine Resolution auf Gleichstellung der in Elsaß-Lothringen beschäftigten Post- und Telegraphenbeamten mit den Beamten der Betriebsverwaltung der Reichseisenbahn, in bezug auf die Gewährung nichtpensionsfähiger Zuschüsse.

Werner-Gießen (Antis.) bedauert die Ablehnung der Ostmarkenzulagen in der Kommission und wendet sich gegen die weitere Einstellung von Frauen in den Postdienst. Die Beförderungsverhältnisse der mittleren Beamten bedürften der Verbesserung. Redner fordert dringend eine Uniform für die Mechaniker der Telegraphenverwaltung.

Die weitere Debatte wird auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Schluß 7 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Schutzmann und Streikposten. Ein Polizeibeamter nach dem Herzen der industriellen und agrarischen Scharfmacher erschien dieser Tage vor der Strafkammer des Düsseldorfer Landgerichts. Anläßlich eines Streiks in Düsseldorf-Oberbilk sollte sich ein als Streikposten fungierender Arbeiter dadurch strafbar gemacht haben, daß er „den Anordnungen eines Polizeibeamten nicht nachgekommen sei". Der Angeklagte war hinter einem Arbeitswilligen, der von einem Schutzmann begleitet wurde, hergeschritten. Dem „Hüter der Ordnung" gefiel diese Kontrolle nicht, und er verbot das dem Streikposten. Weil sich der Arbeiter an dieses Verbot nicht gekehrt hatte, wurde er unter Anklage gestellt und vom Schöffengericht auch tatsächlich wegen Bedrohung (!) zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Berufungsverhandlung vor der Düsseldorfer Strafkammer hatte eine wesentlich andere Auffassung von der Sache. Der Schutzmann mußte zugeben, daß der Streikposten weder auf den Arbeitswilligen eingeredet, noch die Ruhe irgendwie gestört habe; es sei aber ein Auflauf „zu befürchten" gewesen. Diese und ähnliche sonderbare Aussagen der Zeugen veranlaßten schließlich sogar den Vorsitzenden dazu, den Polizeibeamten darauf aufmerksam zu machen, daß das Streikpostenstehen gesetzlich gestattet und eine Einschränkung auf die bloße Vermutung hin, daß etwas geschehen könnte, ungesetzlich sei! Der Angeklagte wurde freigesprochen. Es wäre wirklich notwendig, wenn durch solche Gerichtsurteile den sich häufenden Uebergriffen von Polizeibeamten entgegengetreten würde.

Differenzen in der Schuhfabrik F. Liebmann (Hassia) in Offenbach a. M. Die Firma, die sehr gut finanziert ist und erst kürzlich einen großen Erweiterungsbau vollendete, sucht außerordentliche Lohnkürzungen vorzunehmen. In einzelnen Branchen hat sie diese bereits durchgeführt, in anderen sind die Abzüge angekündigt. Die Arbeiter, die ihre Vertrauensleute bei der Firma hiergegen vorstellig werden ließen, konnten nichts erreichen. Die Firma beschäftigt etwa 400 Leute, sie fabriziert besonders feine Luxusware. Sie begründet den Abzug mit den schwierigen Geschäftsverhältnissen, den außerordentlich gestiegenen Lederpreisen usw. Die Arbeiter, die zu 95 Prozent organisiert sind, werden sich diese Lohnabzüge nicht gefallen lassen; läßt die Firma von ihrem Vorgehen nicht ab, so ist der Kampf unvermeidlich.

Kommunales.

Ein Schritt auf dem Wege zur Einheitsschule. Seit einigen Jahren ist in der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. eine Mehrheit gegen die Vorschulen vorhanden. Sie mußte, wollte sie es nicht nur immer mit Verbeugungen vor der Einheitsschule bewenden lassen, endlich auch einmal mit der Errichtung neuer Vorschulen aufhören. Dazu bot sich jetzt Gelegenheit, da der Magistrat von der Stadtverordnetenversammlung Mittel forderte, um weitere Vorschulklassen für die Mittelschule schaffen zu können, da die Anmeldungen von Schülern sich sehr gesteigert hatten. Der zuständige Ausschuß lehnte die Bewilligung anfangs ab, weil er mit der Errichtung neuer Vorschulen halt machen wollte. Bevor das Plenum der Stadtverordnetenversammlung zu dem Bericht ihres Ausschusses Stellung nehmen konnte, wurde er in der Oeffentlichkeit bekannt, weil die Schulbehörde den Eltern von ungefähr 300 Kindern mitteilte, daß die Aufnahme in die Mittelschule nicht möglich sei. Den begreiflichen Aerger dieser Eltern nutzte die nationalliberale Partei aus; sie machte eine Protestversammlung, in der gegen die Gleichmacherei durch die Einheitsschule Sturm gelaufen werden sollte. Dann wurde es aber nichts, die Versammlung wurde vielmehr eine Kundgebung für die Einheitsschule. Am Dienstag kam, wie schon kurz berichtet, die Angelegenheit im Plenum der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung. Die Mehrheit des Ausschusses hatte inzwischen soweit nachgegeben, daß sie die erforderliche Zahl der Lehrstellen für Vorschulen an der Mittelschule für dieses Jahr noch als Provisorium bewilligte. Im übrigen beantragte der Ausschuß allmähliche Aufhebung der Vorschulen. Hierüber entspann sich eine mehrstundige Debatte, in der von der Mehrheit, die aus Sozialdemokraten und Fortschrittlern besteht, pädagogische und soziale Gründe gegen die Vorschulen vorgebracht wurden. Die Minderheit — sie wird von der nationalliberalen Partei gebildet und ihre Wortführer sind ein Oberlehrer und der Direktor einer Oberrealschule — verteidigte die Vorschulen in der Hauptsache mit ihrer besseren Ausgestaltung und mit den — Unterschieden in der „kulturellen Veranlagung" zwischen Volksschülern und den Kindern der oberen Schichten. Die Sprechlinge der Bourgeoisie sollen nicht mit den Kindern der Proletariats die gleiche Schulbank drücken. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung beschloß, den Magistrat zu ersuchen, vom Ostern 1914 ab die bestehenden Vorschulen schrittweise abzuschaffen und die Volksschule so auszugestalten, daß ihre Zöglinge nach dreijährigem Besuch zum Eintritt in die höhere Schule befähigt werden. — Wenn der Magistrat dem Beschlusse zustimmt, so kann dieser, wie ein freisinniger Gymnasiallehrer mit Recht betonte, weit über Frankfurts Grenzen hinaus Bedeutung beanspruchen. Die Beseitigung der Vorschulen wird die Volksschule fördern, weil dann Kreise an der Volksschule Interesse bekommen, die sich heute um ihre Ausgestaltung nicht kümmern.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein gemeines Milchfälscher-Ehepaar. Wie gewissenlos trotz der teilweise strengen Kontrolle noch immer das wichtigste Nahrungsmittel, die Milch, verfälscht wird, zeigte eine vor dem Landgericht München I durchgeführte Verhandlung gegen die Milchhändlerseheleute Johann und Marie Kund, Rosenheimerstraße 86. Die Angeklagten waren beschuldigt, in den letzten drei Jahren fortgesetzt die von der Bahn empfangenen Milchkübel geöffnet, die Milch teilweise entrahmt, das fehlende Quantum durch stichige (säuerliche) Milch wieder ersetzt, die Kübel dann plombiert (!) und das Gepantsch den Milchfrauen als gute Vollmilch geliefert zu haben. Unbegreiflicherweise sprach das Schöffengericht die Kundschen Eheleute von Schuld und Strafe frei. Die Milchpantscher und ihre „Zeugen" feierten diesen Freispruch mit einem Zechgelage in ihrer Wohnung. Die Herrschaften hatten indessen zu früh gejubelt. Auf die Berufung des Amtsanwalts hin hob die Strafkammer das schöffengerichtliche Urteil auf und verurteilte jedes der Eheleute zu 2 Monate Gefängnis und zu 1000 Mk. Geldstrafe oder zu je weiteren 100 Tagen Gefängnis. In der Berufungsverhandlung leugneten die Kundschen Eheleute so ziemlich alles. Sie gaben zu, daß sie Milch entrahmten, diese Milch sei aber nicht, wie behauptet, als Vollmilch verkauft, sondern als Schweinefutter verwendet worden. Das Vermischen angesäuerter mit frischer Milch hielten die Angeklagten für erlaubt, ja sogar für notwendig. Dadurch werde die Haltbarkeit der Milch erhöht. (!) Als Gericht und Staatsanwalt diesen frivolen Verteidigungsversuch entsprechend würdigten, verstieg sich Kund zu der frechen Äußerung, das verständen weder die Richter noch der Staatsanwalt oder der Bezirksinspektor, das müsse er als Praktiker besser verstehen! In verhältnismäßig kurzer Zeit konnte das Ehepaar auf ein für 74 000 Mark gekauftes Grundstück 5000 Mk. anzahlen. Wie dieses Vermögen erworben wurde, geht aus dem Vorhalt des Gerichtsdirektors zur Evidenz hervor. Die Eheleute Kund hatten in den letzten drei Jahren einen täglichen Milchumsatz von über 2000 Litern. Durch die geschickten betrügerischen Manipulationen hatte das Ehepaar einen täglichen Extraprofit von 25—30 Mk. Der Staatsanwalt meinte, das Vorgehen der Angeklagten sei um so gemeiner, als die unerhörte Fälschung der Milch von einem Großhändler ausgeführt wurde. Charakteristisch sei die Äußerung der Angeklagten Kund: „Ich kann abrahmen so viel ich will, die Hauptsache ist, daß die Milch noch Prozente hat!" Durch ihr schamloses Treiben haben es die Angeklagten verstanden, einen ganz erheblichen Gewinn aus ihrer verwerflichen Tätigkeit zu ziehen. Dieses sei, moralisch genommen, nichts anderes als die Tätigkeit eines Diebes, der jeden Tag und zu jeder Stunde stiehlt. Der Staatsanwalt bedauerte, daß keine gesetzlichen Bestimmungen vorhanden sind, derartige Existenzen ganz zu verbieten. Er beantragte gegen das Ehepaar Kund je einen Monat Gefängnis, 1400 Mk. Geldstrafe und Publikation des Urteils. Das Berufungsgericht verurteilte Johann und Marie Kund, wie schon mitgeteilt, zu 2 Monaten Gefängnis und je 1000 Mk. Geldstrafe oder weiteren 100 Tagen Gefängnis und Publikation des Urteils. Beim Strafausmaß kam in Betracht die lange Fortsetzung und die große Verwerflichkeit der Handlungsweise der Angeklagten, ein Hauptnahrungsmittel des Volkes, insbesondere der Kinder, derart zu verfälschen. Wenn man bedenke, welch ungeheurer Schaden dem Volke durch derart verfälschte Milch zugefügt werden kann, daß dadurch besonders Tausende und aber Tausende von Kindern im zarten Alter dahin gerafft werden, müsse besonderer Wert darauf gelegt werden, derartige Fälschungen streng zu bestrafen. — Auch dieser Prozeß beweist die dringende Notwendigkeit einschneidender Reformen auf dem wichtigsten Gebiete der Milchversorgung.

Aus Nah und Fern.

Pfändung der Veteranenbeihilfe. Zum Siegen gehört siegen wollen und zum siegen wollen gehört in allererster Linie Liebe zum Vaterlande, so sagen unsere allezeit siegestrunkenen Alldeutschen. Und sie haben damit nicht so unrecht. Wo bleibt die Vaterlandsliebe, wenn, wie jetzt am 1. Februar 1913, in der Gemeinde Bommern-Ruhr einem alten Krieger die Veteranenbeihilfe von den Behörden gepfändet wird? Der Mann hat ausweislich seines Militärpasses bei Weißenburg, Wörth, Sedan und vor den Mauern von Paris mitgekämpft, hat ein glänzendes militärisches Führungszeugnis, auch im späteren Leben keine Strafen erlitten, ist also der Beihilfe vollauf „würdig". Ohne Würdigkeit gibt es keine Beihilfe. Er ist aber auch bedürftig, was schon durch die Bewilligung der Rente bewiesen wird. Völlig arbeitsunfähig ist er auch, denn er ist zum Reichsinvaliden erklärt. Nun hat er einen 19 Jahre alten Sohn, der körperlich zwar völlig gesund ist, aber an Geistesschwäche leidet und deshalb auf Kosten des Armenverbandes in einer Provinzialheilstätte untergebracht wurde. Hierfür werden dem Veteranen monatlich 23 Mark abverlangt, einem Veteranen, dem die 10 Mark monatlicher Beihilfe gewährt wurden, weil er bedürftig ist! Hinzu kommt noch, daß die dem Armenverbande erwachsenen Kosten unmöglich so hoch sein können. In einer Auskunft der Anstaltsleitung heißt es nämlich, daß der Sohn „sich stets ruhig und ordentlich halte" und deshalb aus der Anstalt heraus und einem Angestellten derselben in Pflege gegeben sei. Kost und Schlafstelle in landwirtschaftlicher Gegend im Hause eines Heilanstaltsangestellten können doch so viel nicht kosten. Besonders nicht, wenn man berücksichtigt, daß die Anstalt auch mitteilt, daß der körperlich völlig gesunde und an einer harmlosen Geistesstörung leidende junge Mann sich „willig beschäftige" und der Pfleger mit „seinem Verhalten völlig zufrieden" sei. Weil es allen diesen Gründen der Veteran nicht zahlte, verfügte die Einziehungsbehörde die Pfändung des Reichsgnadensolds. Ein Polizeibeamter erschien am Zahltisch und ließ sich die ganze Veteranenbeihilfe aushändigen. Bestürzt stand der alte Handegen, der an solche Taten des „dankbaren Vaterlandes" nicht glauben mochte, dabei. Er, der „siegreiche Krieger," muß im Kampfe mit dem Armenverband um die ganze Mark Gnadensold unterliegen. So wird bei uns „Liebe zum Vaterlande" geweckt.

Opfer einer Spielerei. Mehrere Lehrlinge spielten in Warnow bei Gera „Sternickel", wobei ein 17jähriger Junge durch einen Revolverschuß in den Hals getroffen wurde und trotz ärztlicher Hilfe starb.

8 Arbeiter verbrannt. In der Bergischen Stahlindustrie zu Remscheid sind infolge Platzens eines Ventils beim Gießen acht Arbeiter durch flüssiges Eisen verbrannt worden. Einige Arbeiter sind sehr schwer verletzt worden.

Eine halbe Million Mark hat der Direktor der Filiale Schlettstadt der Allgemeinen Elsässischen Bankgesellschaft unterschlagen. Er wurde verhaftet.

Bergmannslos. Auf den verschiedenen Saargruben sind nicht weniger als fünf Bergleute durch schlagende Wetter getötet worden. Verschiedene andere erlitten leichtere Verletzungen. — Auf dem Schacht Erbprinz bei Aderstedt wurden durch herniedergehendes Gestein 7 Bergleute zum Teil schwer verletzt.

Von einem Zuge wurden auf dem französischen Bahnhof Pautin 3 Angestellte überfahren.

Ein Lehrling vom Auto des Prinzen Ernst August überfahren. Die Verlobungstage in Karlsruhe werden höchstwahrscheinlich einem jungen Menschenkinde das Leben kosten. In bürgerlichen Blätter lesen wir: Kurz vor der Abfahrt nach Berlin ereignete sich ein Unglücksfall. Das Automobil des Prinzen Ernst August überfuhr einen 16jährigen Lehrling, der, wie es heißt, aus einem Hause springend unter den Kraftwagen geriet. Er trug lebensgefährliche Verletzungen davon; an seinem Wiederaufkommen wird gezweifelt.

In der Düngergrube ertrunken. In Langreinsdorf (Sachsen) ertranken gestern beim Reinigen einer Düngergrube der Gutsbesitzer Friedrich, sein Sohn und ein Knecht.

Schreckenstat einer Mutter. In der Abwesenheit ihres Gatten durchschnitt die Lehrersfrau Streicher in Egisheim (Oberelsaß) ihren beiden Kindern im Alter von 19 und 4 Monaten mit einem Rasiermesser den Hals. Die entsetzliche Tat wurde offenbar in einem Anfall von Geistesgestörtheit vollbracht. Die Frau wurde nach dem Mord zusammengekauert im Keller aufgefunden.

Liebestragödie in einem Salzburger Hotel. Vor einigen Tagen hatte in einem Hotel in Salzburg ein etwa 40jähriger Mann sich mit einer 25jährigen Dame eingemietet. In der gestrigen Nacht erwürgte der Mann die Dame und schoß ihr dann eine Kugel in den Kopf. Darauf erschoß er sich selbst. Zwei zurückgelassene Briefe waren an „Ernst Schmidt" in Leipzig und an einen gewissen „Georgi" in Zwickau gerichtet.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Die Götterdämmerung" letzter Tag der Tetralogie „Der Ring des Nibelungen" von Richard Wagner. Am gestrigen Tage sind dreißig Jahre verstrichen, seit in Venedig der Schöpfer des Musikdramas Richard Wagner die Augen für immer schloß. Seine Werke aber sind lebendiger denn je und zeugen für das Genie des Meisters, der auf musikalischem Gebiete eine völlige Umwälzung hervorrief. Die feierlichen und wuchtigen Klänge des Trauermarsches aus der „Götterdämmerung", die gestern den Raum unseres Theaters durchzitterten, galten auch ihrem Schöpfer. Mit der „Götterdämmerung" schließt die gewaltige Göttertragödie. Das Gold, welches Alberich den Rheintöchtern geraubt hat, erhalten diese zurück. Die Götterwelt versinkt und reine Liebe winkt der vom Fluch erlösten Welt. Wagners Musik hebt dieses Drama zu weihevoller Höhe. Noch einmal klingt all das Weh, all das Süße, all das Große und Erhabene wieder, das die ersten Teile des „Ring des Nibelungen" in sich bergen. Hellenchtend erlischt es dann.

Die gestrige Aufführung dieses Wunderwerkes machte wieder die Mitwirkung mehrerer Gäste notwendig. Für den Hagen war Herr Giesen vom Kölner Stadttheater gewonnen worden, der den finsteren Albensohn in charakteristischer Maske und darstellerisch wirksam gab. Auch die stimmlichen Mittel des Gastes reichten für diese Partie aus. Als Siegfried ließ Herr Nachod aus Kiel manche Wünsche unerfüllt. Das an sich gar nicht üble Organ des Künstlers ist nicht ausgeglichen; es klingt vielfach stumpf und glanzlos. Dann hat Herr Nachod noch die Gewohnheit an sich, die Endsilben zu verschlucken, was nicht zur Förderung seines Gesanges beiträgt. Da auch in schauspielerischer Beziehung von ihm nur Konventionelles geboten wurde, so vermochte dieser Siegfried nicht sehr zu interessieren. Die Brünnhilde der Frau Kruse-Tiburtius ist eine zwar noch entwicklungsfähige aber vielverheißende Leistung. Wohl findet die Künstlerin noch nicht immer den zwingenden Ausdruck und die große Geberde, aber ihre Wotanstochter ist von echter, starker Empfindung beseelt. Stimmlich wurde die anstrengende Partie bestens bewältigt. Herr de Garmo gestaltete den König Gunther so männlich wie möglich. Der farblosen Gutrune vermochte auch Frau Schmidt kein größeres Interesse zu sichern. In der Waldtrauten-Szene konnte man sich wieder an dem schönen Mezzosopran des Frl. Karell erfreuen. Als Vertreterinnen der Nornen und Rheintöchter verdienen die Damen Jansen, Wolter, Karell und Overhoff lobende Anerkennung. Den Alberich sang Herr Barth. Auch der Chor der Mannen klang frisch und lebendig. Die Inszenierung war von Herrn Oberregisseur Beyer in der gewohnten tüchtigen Weise besorgt worden; manche Bilder gelangen sehr stimungsvoll. Am Pulte saß wieder Herr Kapellmeister Pfeiffer, der sich mit der musikalisch hervorragenden diesjährigen „Ring"-Wiedergabe ein besonderes Verdienst erworben hat, das ihm die künstlerische Hingabe des Orchesters ermöglichte. Langanhaltender Applaus des ausverkauften Hauses lohnte die Künstler. P. L.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Neue Zeit", Heft 20.

Heiteres.

Neugierig. „Silvester hätte nicht viel gefehlt, und ich hätte mich mit Fräulein Rosenblüt verlobt!" — „Wieviel hat denn gefehlt?"

Der Unterschied. „Aber, Ella, du hast ja gar keine Ahnung vom Billard! Und vorhin hast du mit einer Serie von fünfzig Bällen renommiert!?" — „Ja, aber das waren getanzte."

(Aus „Lustige Blätter".)

Der glückliche Kommerzienrat. „Wissen Sie, mein lieber Baron, ein angenehmes Bewußtsein ist es doch, wenn man sich sagen kann: Jederzeit kannste zweitausend Arbeiter brotlos machen!"

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauberund pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"

Christian

Durch die glückliche Geburt eines 8. Stammhalters wurden hocherfreut 1114
Carl Bahr und Frau.

Allen denen, die unsern lieben Sohn zur letzten Ruhestätte geleitet haben und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, sowie dem Turnverein „Eichenkranz" und seinen Mitarbeitern der Firma Ruko-Schemelfabrik, insbesondere Herrn Pastor Hoyer für die trostreichen Worte sagen wir unsern herzlichsten Dank.

Familie Rink,
1088) **Rensefeld.**

Gesucht zum 1. Mai ein zuverlässiges **Mädchen** bei hohem Lohn, am liebsten vom Lande. (1090
Wilh. Meyer. Krempelsdorf b. Lübeck.

Gesucht eine

Anlegerin.

Buchdruckerei
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Maurerlehrling gesucht.
Maurermeister **Vogt,** Mengstr. 54.

Drechsler

sofort gesucht.
Stellung dauernd. 1096
Herm. Grönwold
Maschinenfabrik,
Schwerin i. M., Bergstr. 45.

Logis billig zu vermieten.
1085) Böttcherstraße 9.

Kleine Wohnung zu vermieten
1089) Schlumacherstr. 5/11.

Fast neue **Harfen-Zither** mit unterlegbaren Noten preiswert zu verkaufen. (1100
Hüxstraße 53. II. rechts.

Starkes **Geschäfts-** evt. **Arbeits-**
Herrenrad billig zu verkaufen. (1086
F. Bartelmann, Hüxstr. 71, part.

Kanarienweibchen, St. S., billig zu verk. (1081) Ludwigstr. 69. II.

---

50 schicke Damen-Masken-Kost. billig zu vermieten. (1019
Breite Straße 24, part. Flügel.

---

20 elegante Herren-Maskenanzüge billig zu vermieten.
1082) Westhoffstr. 37, pt.

Flotter Damen-Maskenanzug zu vermieten. Preis 2.50 Mk.
Warendorpstr. 50, 2. Et.
1091) beim Schlachthaus.

Habe in der Nähe des Vorwerker Friedhofes (1087
2-3 Tonnen Gartenland
zu verpachten. Im Ganzen oder kleineren Parzellen. Zu melden bei **Niemann,** Lohmühle 18, St. Lorenz.

Leere Farbetonnen
vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten".

Billig! Käse! Billig!
Schön. Schweizer u. Tilsit. 75, 85 ₰
Feiner fetter Tilsiter . . . . 70 ₰
Schöner Limburger . . . . 50 ₰
1121 Kleinverkauf **Fleischhauerstr. 48.**

Empfehle zum Sonntag:
Pr. fettes Queensfleisch 80 ₰
Bratenstücke . . . . . 85 ₰
Kalbfleisch . . . . . 70 ₰ 80 ₰
Schweinefleisch . . . . . 90 ₰
sowie sämtliche
Wurstwaren.
Fr. Fockenbroek
1118) Glockengießerstr. 73.

Ia. fl. Rauchstücke Pfd. **100** ₰
Ia. ger. Schweinsbacken ohne Knochen das Pfd. **100** ₰
Frisches Schweinefleisch Bratenstücke . . das Pfd. **90** ₰
Frische Karbonade Nacken . . . . das Pfd. **100** ₰
Geräucherter fetter Speck b. Abn. v. 4 Pfd. das Pfd. **95** ₰
Geräuchert. magerer Speck b. Abn. v. 4 Pfd. das Pfd. **95** ₰
Hausmacher-Leberwurst m. kl. Fleischstück. d. Pfd. **100** ₰
Hausmacher-Leberwurst Pfd. **90** ₰
Bestes weißes Schmalz bei Abn. v. 4 Pfd. das Pfd. **85** ₰
Ia. Eisbein, fr. u. gepök. Pfd. **70** ₰
Bratenschmalz . . . . Pfd. **60** ₰
Kernfettes Rindfleisch Pfd. **80** ₰
Kernf. Bratenstücke Pfd. **90, 85** ₰
Pr. dicke Ziemen Pfd. **85** ₰
Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14/16.
vorm. **M. Lahrtz.** (1110

Extra billige Geschirrwoche.

Milchtöpfe mit Schrift, 1 Ltr. . . . . **38** ₰
Milchtöpfe, Porzellan, große, . . 28, **22** ₰
Kinderbecher, weiß, ... 12, 10, **8** ₰
Kaffeekannen, Porzellan, ... 50, **45** ₰
Satz Gemüse-Tonnen (6 Stück) . **2.50**

Tassen, Porzellan, ... Paar 18, 15, **10** ₰
Tassen, Goldrand, groß, ... **20** ₰
Tassen, Porzellan, mit Dekor . . . . **20** ₰
Untertassen jetzt Dtzd. . . . . **42** ₰
Kinderflaschen jetzt . . . . . **5** ₰

Kaffee-Service, enorme Auswahl, dek., **2.70** 1111
Große Posten Kohlenschaufeln 16 ₰ | **Große Posten Kehrschaufeln 28** ₰
Pietro Cagna. RIESEN-BAZAR Breite Str. 33.

Von den beliebten
Gesellschafts- und Unterhaltungsspielen
sind wieder neue Sachen eingetroffen; ebenso
Baukasten, Plastilinakasten
zum Formen von Figuren u. a. m.
Allen Lesern des „Lübecker Volksboten" sehr zu empfehlen.
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücherei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem Ende 1911 bereits 98 000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde (Sitz Stuttgart)

bei. Für den geringen Jahresbeitrag von

nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pf. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) erhält man kostenlos:
1. die reichillustrierten Monatshefte

Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde mit den Beiblättern:

Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur und Kunst

2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller; im Jahre 1912: Gibson-Günther, Was ist Elektrizität?; Dannemann, Wie unser Weltbild entstand; Dr. Floericke, Kriechtiere u. Lurche fremder Länder; Prof. Dr. Weule, Die Urgesellschaft u. ihre Lebensfürsorge; Dr. Kölsch, Die Erschaffung d. Seele.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos", Stuttgart.

Probehefte und Prospekte postfrei!

Achtung! Achtung!

Prima Kalbfleisch . . Pfd. 65-70 ₰
„ Kalbskeule . Pfd. 75, 80 ₰
„ Schweinefleisch . Pfd. 90 ₰
„ fett. Rindfleisch Pfd. 75, 80 ₰
„ Bratenstücke Pfd. 85, 90 ₰
„ Gulasch u. Gehackt. Pfd. 90 ₰
„ Gekochte u. Leberwurst 90 ₰
„ Sülze und Blutwurst 80 ₰
„ Flomen-Schmalz Pfd. 95 ₰
„ Kohlwurst . . . Pfd. 80 ₰

Hermann Atmer
Königstraße 48b. (1120

Aepfel

große Stettiner . . . 5 Pfd. 1 M.
große Garville . . . 5 „ 90 ₰
mittelgroße Garville 5 „ 75 ₰
Goldreuette . . . . 5 „ 90 ₰
Graurenette . . . . 5 „ 80 ₰
1 Pfd. nur 20 ₰ u. 2 Pfd. 35 ₰
sämtl. Sorten gut, dauerh. u. billigst.
Gute gelbkoch. Magnum bonum, 200 Pfd. 5.50 M., 10 Pfd. 35 ₰, b. Abnahme mehr. 100 Pfd. billiger.
Geräucherte feine Mecklenburger
Mettwurst . . . . . **Pfd. 1.40** M.
ff. feine Leberwurst . „ **1.—** M.
Gesunde Zwiebeln 5 Pfd. 20 ₰
50 „ 1.50 M.
Hiesige Landeier . . . **Stck. 10** ₰
empfiehlt **C. Prestin,**
1115) Fleischhauerstr. 60.

Achtung!
Empfehle diese Woche:
Prima dickfett. Queenfleisch 75-80 ₰
Prima Schweinefleisch . Pfd. 90 ₰
Prima Kalbfleisch . . . „ 70 ₰
Gulasch u. Gehacktes . . „ 90 ₰
Prima Kalbsfett . . . . „ 70 ₰
Prima Beefsteak . . . . „ 1.20
Heinr. Brockmann,
1119) **22 Fünfhausen 22.**

Habe mehrere junge fette Pferde geschlachtet, wovon ich meiner werten Kundschaft das Fleisch bestens empfehle.
Ferner empfehle ich
sehr dicke Flomen, schöne Bratenstücke, Rauchfleisch, Rollfleisch und sämtliche Wurstsorten. 1122
Ernst Wulff
Dankwartsgrube 34.

Kaufhaus
Max Kankel
1092
Schlutup.
Neu eingetroffen:
Konfirmanden-Anzüge in blau u. schwarz von **12—24** M.
Lehrlings-Ausrüstungen
für jedes Gewerbe.
Hüte, Mützen, Wäsche, Krawatten, Schirme usw. in großer Auswahl.
Konfirmanden-Stiefel neue mod. Formen m. u. ohne Lackkappe, v. 6.90-10.90 M.
Herren-Anzüge
in enormer Auswahl. 1- u. 2reihig, von **18—40** M.
Herren-, Damen- und Kinder-Schuhwaren
trotz der hohen Ladenpreise noch jetzt zu den **alten billigen Preisen.**

Wegen Einführung neuer Artikel verkaufe von heute ab:
Herren-Schnürstiefel
pr. Rindbox, statt 9.25 mit **7.90**
Herren-Schnürstiefel
Boxkalf . . statt 12.50 mit **9.75**
Herren-Schnürstiefel
Rahmenarb., statt 14.50 mit **10.75**
Knaben-Schulstiefel
Rindleder, stark

Größe	27—30	31—35	36—39
Mk.	**3.90**	**4.50**	**5.60**

Heinr. Beckmann
Reiferstraße 3. (1113

Gute Bauernbutter
per Pfund 1.25 Mk.,
Brat-Butter
per Pfund 1.20 Mk.
empfiehlt (1097
Th. Storm Nachf.
Königstraße 98.

Empfehle diese Woche:
Prima dickes, fernfettes Rindfleisch Pfd. **75** ₰
„ **Bratenstücke** Pfd. **80-85** ₰
„ **Rollfleisch** . . Pfd. **100** ₰
„ **Beefsteak** . . . „ **120** ₰
„ **Gulasch** . . . „ **90** ₰
„ **Gehacktes** . . „ **90** ₰
sowie sämtliche (1112
Wurst- u. Fleischwaren
zu den billigsten Tagespreisen.
H. Schmalfeld
Schlachterei
Reiferstr. 26. Telephon 2152.

Achtung! Achtung!
Billig!!!
Empfehle zu Sonntag prima kernfett. jg. Rindfleisch a Pfd. 75 ₰
Prima Bratenstücke . . Pfd. 85 ₰
„ „ ohne Knochen 90 ₰
„ Roastbeef . . . Pfd. 90 ₰
„ Rumpsteak . . Pfd. 1.00 M.
„ Rollfleisch . . . Pfd. 1.00 M.
„ Filet . . . . . Pfd. 1.40 M.
„ Beefsteak . . . Pfd. 1.20 M.
„ Gulasch u. Gehacktes 90 ₰
„ jung. Schweinefleisch 90 ₰
„ Kalbfleisch . . . Pfd. 70 ₰
„ Keule . . . . . Pfd. 80 ₰
sowie sämtliche **Wurstsorten** zu billigsten Preisen. (1103
Paul Boldt,
Schlachterei und Wurstmacherei mit elektrischem Betrieb,
Wahmstraße 22. Fernspr. 2133.

Johannes Holst
Markt 6. Kohlmarkt 6.
Gestr. Lederhof. 245 295 375 475
Blaue Schlosser-Hosen u. -Jacken 148 185 240 250
Blaue Pilot-Hosen 245—595
Halbstiefel, prima Rindleder, Paar 995
Arbeiter-Spangenschuhe Paar 450 595
Sämtliche Manufakturwaren, Schuhwaren sehr billig.
Rote Rabattmarken. 59

Fahrrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.
Alle Fabrikate werden fachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Emaill., Vernick. bill. u. gut.
68) **Carl Heynert, Lübeck,**
Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

Die Arbeitsgarderoben
von
Bahr & Umlandt
— Breite Straße 31 —
sind anerkannt preisw. u. haltbar.
Zwirnhosen . . **1.40** bis **3.50**
Pilothosen . . **2.50** bis **5.50**
Maurerhosen . **2.90** bis **7.50**
Gen. Cordhosen **4.00** bis **9.50**
Schlosseranzüge **2.80** bis **5.00**
Klapp- u. Bauchhosen in allen Qualitäten.
Trotz der billigen Preise
60) **rote Lubecamarken.**

Lachsabfall
1117 täglich frisch.
Marg. Fick, Fleischhauerstraße 48.

Gemüse u. Früchte in Dosen

1 Pfd. Spargel . . . 50, 55, 60 ₰
2 „ Spargel . . 85, 90 u. 100 ₰
1 „ Erbsen . . . . 28 u. 35 ₰
2 „ Erbsen . . . . 45 u. 60 ₰
4 „ Erbsen . . . . . 110 ₰
2 „ gem. Gemüse . . . . 65 ₰
2 Pfd. Spinat . . . . . 55 ₰
2 „ Erbsen mit Karotten 60 ₰
2 „ Brechbohnen . . . . 33 ₰
4 „ Brechbohnen . . . . 60 ₰
2 „ Schnittbohnen . . . 33 ₰
4 „ Schnittbohnen . . . 60 ₰
2 Pfd. Apfelmus . . nur 70 ₰
4 Pfd. Apfelmus 130, 10 Pfd. 3 M.
2 „ Zwetschen ohne Steine 60 ₰
2 „ „ m. St. 60, 10 Pfd. 3 M.
2 Pfd. Mirabellen . . . . 80 ₰
4 Pfd. Mirabellen . . . . . 150 ₰
10 „ Senfgurken . . . . . 350 ₰
2 „ Heidelbeeren . . . . 80 ₰
2 „ Melange . . . . . 125 ₰
10 „ Zuckergurken . . . . 400 ₰
5 „ Kronsbeeren 180, 10 330 ₰
Eduard Speck
Hüxstraße 80-82. (1116

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, d. 15. Februar
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1912.
2. Jahres- u. Kassenbericht von 1912.
3. Wahl von 2 Delegierten zur Konferenz in Hamburg.
4. Innere Verbandsangelegenheiten.
5. Verschiedenes.

1104) **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Verband der
Maschinisten und Heizer.
Zahlstelle Lübeck.

Versammlung
am Sonnabend, d. 15. Februar
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
1099) **Der Vorstand.**

Grosse Quantitäten sind in untenstehenden Artikeln auf Extratischen ausgelegt. — Die Preise sind enorm billig.

919

1 Korsett grau Drell mit Spiralstangen	95 ₰
1 Gürtel schwarz Gummi mit eleganten Schlössern	95 ₰
2 Gürtel schwarz Gummi mit schwarzen Schlössern	95 ₰
2 Lackgürtel 1 schwarz, 1 farbig	95 ₰
1 Markttasche Ia. Ledertuch	95 ₰
1 Blusenkragen für Damen und Mädchen	95 ₰
1 Paar Herren-Socken reine Wolle	95 ₰
1 Handtasche in verschied. mod. Ausführungen	95 ₰
1 Paar Herr.-Hosenträger Ia. Gummi	95 ₰
1 Stück Feston 4½ Mtr., breite Stickerei	95 ₰
1 Selbstbinder farbig, moderne Farben	95 ₰
1 Regattes hell oder dunkel	95 ₰
2 Diplomaten einfarbig, moderne Form	95 ₰
1 Herren-Portemonnaie ganz aus Leder	95 ₰
1 weiße Kinderschürze mit reicher Stickerei	95 ₰
1 farbige Garnitur 1 Vorhemd, 1 Paar Manschetten	95 ₰
2 Paar Herren-Socken Ia. Wolle plattiert	95 ₰
1 Blusenschürze farbig, reich besetzt	95 ₰
1 Paar Glacé-Handschuhe farbig und weiß	95 ₰
1 Tändelschürze mit Trägern	95 ₰
1 Tändelschürze farbig, aparte Neuheit	95 ₰
1 Blaudruckschürze 120 cm weit	95 ₰
2 Paar Handschuhe farbig	95 ₰
1 Paar Damen-Strümpfe reine Wolle, deutsch u. engl. lg.	95 ₰
1 Kinderschürze farbig Ia. Stoffe, 45 cm bis 80 cm	95 ₰
1 Kragenschoner weiß und farbig	95 ₰
1 Brustschoner schwarz oder weiß	95 ₰
2 Knaben-Schürzen farbig, mit Tasche	95 ₰
2½ Mtr. Hemdentuch mittel- u. grobfädig . . Kupon	95 ₰
2 Mtr. Pikee weiß, gemustert . . . Kupon	95 ₰
2¼ Mtr. Köper-Barchent Ia. Qualität, weiß . . . Kupon	95 ₰
3¼ Mtr. Gerstenkorn mit roter Kante . . . . Kupon	95 ₰
3¼ Mtr. Handtuchdrell weiß, gestreift . . . . Kupon	95 ₰
3 Stück Handtücher mit roter Kante	95 ₰
3 Stück Gläsertücher Halbleinen, kariert	95 ₰
1 Kissenbezug weiß, imit. Klöppeleinsatz	95 ₰
1 Tischserviette mit Hohlsaum, Größe 75/75	95 ₰
1 Dutz. Staubtücher gelb Leder imit.	95 ₰
1 Schlafdecke grau, mit Kante	95 ₰
1 Tischdecke Filztuch, rot und grün	95 ₰
1 Mtr. weiß Bettsatin 140 cm. breit, verschied. Dessins	95 ₰
1 Mtr. Bettuch-Halbleinen 130 und 140 cm breit	95 ₰
1 Mtr. Chellas kariert, 130 und 160 cm breit	95 ₰
1 Mtr. Kattun geblümt, 130 und 140 cm breit	95 ₰
3 Stück Fußmatten verschiedene Größen	95 ₰
1 Mtr. Bettinlett rot, federdicht, 128 cm breit	95 ₰
1 Mtr. Läuferstoff in verschiedenen Mustern	95 ₰
1 Mtr. Gardinen weiß u. creme besonders schöne Muster	95 ₰
1 Kissenbezug weiß, mit Languette	95 ₰
1 Untertaille Ia. Stoff, mit Stickerei	95 ₰
1 gestr. Damenjacke reine Wolle, weiß, rosa, grau	95 ₰
1 Herren-Unterhose braun und weiß, gestrickt	95 ₰
1 Damen-Barchenthose grau und braun	95 ₰
1 Damen-Hemd Vorder- oder Schulterschluß	95 ₰
1 Damen-Beinkleid mit breiter Stickerei	95 ₰
1 Nachtjacke in bunt oder weiß	95 ₰
½ Dtz. wß. Taschentücher Ia. Linon, gewaschen	95 ₰
1 Barchent-Kinderkleid mit Volant u. Besatz, Gr. 45-60	95 ₰
1 Russenkittel in weiß und farbig	95 ₰
1 Anstandsrock imit. Flaneli, weiß u. farbig	95 ₰
1 Rock-Volant uni Satin, diverse Farben	95 ₰
1 Damen-Hemdbluse aus apart. gestr. Stoffen	95 ₰
1 Damen-Kimonobluse Ia. Velour mit Knopfbesatz	95 ₰
1 Knaben-Leibchenhose blaue u. farb. Stoffe, Gr. 0—6	95 ₰
1 Knaben-Sportmütze moderne Fasson	95 ₰
1 Knaben-Jockeimütze blau Tuch	95 ₰
1 Knab.-Barchent-Hemd Gr. 65—85 cm, hell gestreift	95 ₰
1 Knaben-Schirmmütze blau, mit Lederschirm	95 ₰
1 Herren-Sportmütze neue engl. Stoffe	95 ₰
1 Herren-Barch.-Hemd hell gestreift	95 ₰
1 Rucksack für Knaben und Herren	95 ₰
1 Kinder-Südwester in verschied. Ausführungen	95 ₰
1 Paar Plüschpantoffeln mit Ledersohle	95 ₰
1 Paar Filzpantoffeln einfarbig	95 ₰
1 Paar Lastingschuhe schwarz, alle Größen	95 ₰
1 P. Dachdeckerschuhe braun	95 ₰
2 Paar Pantoffeln mit Linoleumsohle	95 ₰
1 P. Plüsch-Ohrenschuhe für Kinder	95 ₰
1 Paar Segeltuchschuhe mit Schnallen	95 ₰
4 große Dosen Schuhcreme gute Qualität	95 ₰
1 Karton Lilienmilch-Seife 12 Stück, reine Fettseife	95 ₰
3 Stück Liliencreme-Seife extra große Stücke	95 ₰
1 Mtr. Linoleum-Läufer diverse Muster	95 ₰
1 Markttasche Segeltuch, zusammenlegbar	95 ₰
1 Bettwandschoner vorgez. mit roter und blauer Kante	95 ₰
1 Paradehandtuch für Küche vorgezeichnet und gestickt	95 ₰
1 Paradehandtuch für Zimmer vorgezeichnet und gestickt	95 ₰
1 Küchentischdecke vorgezeichnet	95 ₰
1 Kommodendecke Aidastoff, bunt gemustert	95 ₰
1 Tischserviette vorgezeichnet grau und weiß Leinen	95 ₰
1 Kissenplatte vorgezeichnet grau und weiß Leinen	95 ₰
1 Wäschebeutel vorgezeichnet in verschiedener Ausführung	95 ₰
2 Sofadecken vorgezeichnet	95 ₰
2 Str. Wäscheschr.-Spitz. handgestickt	95 ₰
1¼ Mtr. Blaudruck Ia. Qualität . . . . . Kupon	95 ₰
1½ Mtr. Schürzenzeug gestreift, 120 cm breit . Kupon	95 ₰
1 Mtr. Kleider-Gingham aparte neue Muster	95 ₰
2 Mtr. Blusenflanell gestreift	95 ₰
3½ Mtr. Barch.-Kleiderstoff für Kinderkleider	95 ₰
3 Mtr. Hemden-Barchent weiß mit blau gestreift	95 ₰
2 Mtr. Köper-Barchent ungebleicht	95 ₰
1 Mtr. Cheviot reine Wolle, verschied. Farben	95 ₰
1 Mtr. #Kleiderstoff für Kinderkleider	95 ₰
1 Mtr. Blusenstoff Voile, mit Bordüre	95 ₰
1 Mtr. Blusenstoff aparte Streifen	95 ₰
1 Paar Gamaschen gestrickt und Trikot	95 ₰
2 Paar Damenstrümpfe Wolle, plattiert	95 ₰
1 Wasch-Unterrock mit plissiertem Volant	95 ₰
1 Trikotlatz blaugestreift für Marine-Blusen	95 ₰
1 Matrosenkragen hell und dunkelblau	95 ₰
1 Normal-Damenjacke wollgemischte gute Qualität	95 ₰
2 Paar Kinderhandschuhe alle Größen, zum Aussuchen	95 ₰

Enormer Posten **Wäschebesätze u. Barmer Spitzen** 10—30-Meter-Stücke in weiß und farbig jedes Stück **95 ₰**

Lübeck
Königstr. 87—89
Ecke Wahnstraße.

Hans Struve

Rendsburg
Neumünster

2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 38. Freitag, den 14. Februar 1913. 20. Jahrg.

Ein Sozialdemokrat als Landtags-Präsident.

Unser finnischer Mitarbeiter schreibt uns:

Die soeben begonnene Session des finnischen Landtages hat mit der Wahl eines Sozialdemokraten zum Vorsitzenden begonnen. Unter gewöhnlichen Umständen wäre daran nichts außergewöhnliches, denn die finnische Sozialdemokratie bildet mit ihren 86 Abgeordneten (von insgesamt 200) die weitaus größte Fraktion des Landtages. Aber da die bürgerlichen Parteien in der letzten Zeit der Sozialdemokratie nicht einmal den Platz des ersten Vizepräsidenten einräumten, verdient die neuste Wahl einige Aufmerksamkeit. 1907 und in den folgenden Jahren hatten die Genossen Niels Robert af Ursin, Yrjö Sirola und Wäinö Tanner den Posten des ersten Vizepräsidenten inne.

In Finnland werden alle Wahlen zu Beginn jeder Session neu vollzogen. Der bisherige Landtagspräsident, der jungfinnische Landrichter Swinhufwud, dessen Amtsführung allgemein geschätzt wird, hatte dieses Mal den Fraktionen vertraulich mitgeteilt, daß er eine Wiederwahl nicht wünsche. Er würde die Neuwahl nur unter der Bedingung annehmen, daß man ihm bei seiner Ansprache an den Generalgouverneur anläßlich der Eröffnungsfeier des Landtages keine Beschränkung auferlege. Darin sahen die Altfinnen und die Sozialdemokraten gewissermaßen eine unnütze Provokation zur Auflösung der Volksvertretung durch die russischen Gewalthaber. Denn Swinhufwud hätte in seiner Ansprache Aeußerungen gebraucht, die an sich gewiß berechtigt, eine Auflösung des Landtages sehr zur Unzeit provoziert hätten. Die sozialdemokratische Fraktion war der Ansicht, daß die Ansprache des Landtagspräsidenten keineswegs die beste und die passendste Gelegenheit sei, um den russischen Gewalthabern die Wahrheit zu sagen. Hätte diese Ansprache zur Auflösung geführt, so wäre die Volksvertretung der Möglichkeit beraubt gewesen, sich als ganzes darüber gründlich auszusprechen, was der Präsident nur in einigen Redewendungen hätte berühren können. Gerade die Sozialdemokratie wollte sich die Gelegenheit nicht leichtsinnig verscherzen lassen, um gründliche Abrechnung zu halten. Daher hat die sozialdemokratische Fraktion bei allen drei Abstimmungen geschlossen für ihren eigenen Kandidaten, Oskari Tokoi gestimmt, der dann auch, allerdings nur mit sozialdemokratischen Stimmen, gewählt wurde. Was die anderen Parteien betrifft, so waren die Altfinnen gegen eine Wiederwahl des Jungfinnen Swinhufwud, weil sie stets zu einem Kuhhandel mit der russischen Regierung hinneigen. Sie stellten ihren eigenen Kandidaten Ingman auf, der aber bei allen drei Abstimmungen nur 41 Stimmen erhielt. Ebenso geschlossen stimmten die Jungfinnen, die Schweden und der Kleinbauernbund, 67—68 Mann stark, für Swinhufwud. Die Sozialdemokraten, mit ihren 80 Stimmen, gingen als Sieger aus der Wahl hervor. Der Altfinne Ingman wurde zum ersten, der Schwede Söderholm zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

Genosse Oskari Tokoi, der erste sozialdemokratische Parlamentspräsident, entstammt der Arbeiterklasse. Als ausgewanderter Arbeiter hat Tokoi als Bergarbeiter und Hilfsarbeiter sein Brot verdient. In seine alte Heimat zurückgekehrt, erwarb er für seine amerikanischen Spargroschen eine kleine Landstelle, lebte eine zeitlang als Zwergbauer, bis er diese Tätigkeit aufgab, um sich ganz der Arbeiterbewegung zu widmen. Genosse Tokoi stellt völlig den Typ eines „Selfmademan" dar. Und das ist auch für seine jetzige Stellung bezeichnend: die bisherigen sozialdemokratischen Vizepräsidenten des finnischen Landtages waren sämtlich Akademiker, während Tokoi sich als Autodidakt zu seiner jetzigen führenden Stellung emporgearbeitet hat. Daß Tokoi in der finnischen Arbeiterbewegung eine geachtete Stellung einnimmt, beweist unter anderem auch die Tatsache, daß er bei dem letzten Parteikongreß den Vorsitz führte, und seit dem vorigen Jahre der Vorsitzende der finnischen Gewerkschaftszentrale ist.

Die bürgerliche Presse nimmt die Präsidentschaft Tokois ziemlich kaltblütig und verständig auf. Beiläufig sei bemerkt, daß die bürgerliche „Uusi Suomotar" während des sozialdemokratischen Parteikongresses unter Hinweis auf die umsichtige Leistung Tokois, schrieb: „Tokoi al sLandtagspräsident wäre keine üble Wahl!" Nun ist dies zur Wirklichkeit geworden

Die finnische Presse registriert allgemein die Mitteilung, der russische Generalgouverneur v. Seyn hätte von der Petersburger Regierung die Vollmacht erhalten, den Landtag aufzulösen, sobald er das für notwendig und angebracht erachten würde. Trifft diese Nachricht zu, so werden die geübten russischen Staatsstreichler wohl kaum lange warten, um dem unbequemen finnischen Landtage das Lebenslicht auszulöschen.

Wie uns zu der Wahl des Genossen Tokoi aus Petersburg geschrieben wird, hat die Präsidentschaft eines Sozialdemokraten im finnischen Landtage in der genannten russischen Presse außerordentliches Aufsehen erregt. Die reaktionäre Presse macht hierbei gewisse Anläufe, um mit den finnischen Sozialisten zu liebäugeln, und ihnen für den Fall einer Preisgabe der finnischen Selbständigkeit die großartigsten Versprechungen zu machen. Ebenso täppisch wie diese Anbiederungsversuche der reaktionären Wölfe im Schafspelze sind die hysterischen Deklamationen der liberalen Presse, die in völliger Unkenntnis der Verhältnisse eine Kanonade gegen die finnischen Sozialisten eröffnet. „Die russische Politik — schreibt die führende liberale „Rjetsch" — wird die Position nicht verlassen, die sie zur Genugtuung (!) des Herrn Tokoi und seiner politischen Freunde eingenommen hat." Daß die russische Gewaltpolitik dieselbe geblieben ist wie bisher, wissen die finnischen Sozialdemokraten wohl ebenso gut, wie ihre anmaßenden liberalen „Lehrmeister" in Petersburg. Aber eben deshalb wollen sie wegen einer oppositionellen Geste nicht den realen Kern ihrer Kampfposition preisgeben.

Zum Schluß sei registriert, daß die sozialdemokratische Dumafraktion einen kernigen, mannhaften Gruß an den Vorsitzenden des finnischen Landtages richtete. Die Arbeiterblätter, die diesen Gruß veröffentlichten, wurden von der Polizei konfisziert.

Aus der Partei.

Verworfene Revision. Ein aufsehenerregendes Urteil wurde seinerzeit vom Schöffengericht in Weißwasser gefällt. Der Genosse Arno Reichard wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in einer Gemeindewählerversammlung den Direktor Krebs von den Vereinigten Lausitzer Gaswerken beleidigt haben sollte. Krebs hatte kurz vorher den Vertrauensmann der Glasarbeiter „Balg" und „Trauerkloß" geschimpft und vor der Fabrik waren sozialdemokratische Flugblattverbreiter mit Jauche begossen worden. Für diese Schimpferien erhielt Krebs vom Schöffengericht 10 Mark Geldstrafe, Reichard aber für seine Kritik an den unerhörten Vorfällen drei Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sogar ein Jahr Gefängnis beantragt. Die Strafkammer in Görlitz als Berufungsinstanz hat das Urteil bestätigt und das Oberlandesgericht in Breslau hat die eingelegte Revision verworfen.

„Seelenverkäufer." Mit diesem Ausdruck belegte die „Essener Arbeiter-Zeitung" den Arbeitswilligen-Vermittler Lange. Das Gericht erkannte auf 50 Mark Geldstrafe, der Staatsanwalt hatte 200 Mark beantragt. Dieses geringere Strafmaß wurde wie folgt begründet: Durch die Verlesung der Personalakten des Lange sei festgestellt, daß er eine erheblich vorbestrafte Person sei, die sich wiederholt der Hehlerei, der Urkundenfälschung, des Diebstahls, des Betruges, Gewerbevergehens usw. schuldig machte, deshalb jahrelange Gefängnisstrafen erlitt und auch schon einmal die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt bekam.

Aus Nah und Fern.

Kriminalkommissar Hannemann. In Deutz-Köln ist der Kriminalkomissar Hannemann nebst Frau verhaftet worden. H., dem das Verschwindenlassen von Akten zur Last gelegt wird, war in schlechten Vermögensverhältnissen und seit Jahren unpfändbar. Der Verdacht erstreckt sich auf Hehlereiverschleierung bezüglich des Alteisenhändlers Sally Marx und auf einen Vorfall mit einem Kellner, der vor etwa drei Jahren wegen Hochstapelei vom Kölner Gericht verurteilt wurde. Der nunmehr freigelassene Kellner reklamierte 178 Mk., die er damals bei seiner Arretierung in Verwahrung des Kommissars Hannemann ausweislich einer Randnotiz in den Akten gelassen hatte; man hielt auch diese Summe für unreell erworben, worüber aber nichts bekannt wurde. Die Akten sind nun auf dem Wege vom Staatsanwalt zum Kriminalkommissar verschwunden. Das Geld soll Hannemann für sich behalten haben. Verschwunden sind ferner, wie auch in den bekannten Aktenverschwindungsprozessen, die entsprechenden Register im Polizeipräsidium von einer Stelle, die nur Beamten zugängig ist.

Der Untergang der Südpol-Expedition Scott ist leider Tatsache. Über den Untergang gibt die Preß-Zentrale folgende zusammenhängende Darstellung: Am 18. Januar 1913 langte das Expeditionsschiff, die „Terra Novea", am Kap Evans an, wo es die Reste der Expedition vorfand und an Bord nahm. Zu ihrem Schrecken erfuhr die Besatzung, welch tragisches Schicksal ihren Führer nach Erfüllung seiner Aufgabe getroffen hatte. Nach den Berichten der Überlebenden war gerade ein Jahr zuvor, also am 18. Januar 1912, Kapitän Scott mit seinen vier Begleitern, die einen letzten Vorstoß gemeinsam mit ihm unternommen hatten (Scott hatte die Absicht, mit 15 Gefährten das Hauptlager zum letzten Vorstoß nach dem Pol zu verlassen, von denen drei Gruppen zu je vier Mann in bestimmten Abständen vor Erreichung des Pols zurückkehren sollten), am Südpol angelangt, wo sie das Zelt Amundsens und einen von ihm zur Markierung des Pols errichteten Schneecairn (Hügel) fanden. Die Rückkehr des Forschers war mit unsäglichen Mühen verbunden. Sie gerieten fortgesetzt in heftige Schneestürme. Am 29. März 1912, als sie nur noch elf englische Meilen von dem auf dem Hinweg errichteten Eintonnenlager entfernt waren, umtobte sie ein furchtbarer Orkan. Die kleine furchtlose Truppe war bereits auf drei Mann zusammengeschmolzen. Der erste, der den entsetzlichen Strapazen erlag, war Bootsmannsmaat Evans, der am 17. Februar an Entkräftung starb. Vier Wochen später, am 17. März, starb Hauptmann Oates. Scott selbst, Dr. Wilson, der Leiter des wissenschaft-

Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(9. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Wenn ich Ihnen noch weiter behilflich sein kann, soll es stets mit dem größten Vergnügen geschehen," sprach er und sah nach der Uhr.

Thießen dankte ihm mit großer Weitschweifigkeit und fragte sich dabei, ob Fräulein Schümann von Natur wohl pünktlich sei. Er lehnte sich in seinen Stuhl zurück, schlug die Arme übereinander und blickte dankbar auf den bestürzten Herrn Wilkens.

„Sie müssen öfter mal zu mir kommen und eine Pfeife Tabak mit mir rauchen," meinte er beiläufig.

Herr Wilkens errötete vor dankbarem Stolz. Er sah sich im Geiste auf die Tür der Thießens zuschreiten und dann in einem fein möblierten Zimmer ein Pfeifchen rauchen, und nachher der ungläubigen und neidischen Elisenallee davon erzählen.

„Das werde ich mit Vergnügen tun, Herr Thießen," antwortete er.

„Kommen Sie am Dienstag," entschied sein Besucher, „dann werde ich zu Hause sein."

Herr Wilkens dankte nochmals, war aber nun zur Gastlichkeit angespornt. Er murmelte etwas von einem Glas Bier und zog sich ins Hinterzimmer zurück, um es zu holen. Er kam mit einigen Flaschen und ein Paar Gläsern zurück. In der Hoffnung, daß sein Beispiel die Wirkung auf seinen Besucher nicht verfehlen werde, leerte er sein eigenes auf einen Zug. Nachdem dieser scharfsinnige Herr indessen einen bescheidenen Zug getan hatte, blieb er ruhig sitzen, als sei er bei dem halb geleerten Glase verankert.

„Ich erwarte heute abend jemanden," erwähnte der ehemalige Steward schließlich.

„Zweifellos bekommen Sie eine Menge Besuch," meinte der andere mit bewundernder Miene.

Herr Wilkens leugnete es nicht. Er schielte nach dem Glase seines Gastes und wurde unruhig.

„Fräulein Schümann kommt," erklärte er.

Statt nun irgendwelche Anzeichen von Fassungslosigkeit oder Vorbereitungen zu rascher Flucht wahrzunehmen, konstatierte Herr Wilkens, daß der andere durchaus gefaßt blieb. Er fing an, von Herrn Thießens Gedächtnis etwas gering zu denken.

„Sie kommt gewöhnlich zu einer kleinen Plauderstunde," erzählte er weiter.

„Wirklich?"

„Ja. Nur zwischen uns beiden"

Der Besucher sagte wieder: „Wirklich?" und blickte träumerisch auf die gärtnerische Sammlung auf dem Fensterbord seines Wirtes, als sei eine Saite seines Gedächtnisses berührt worden. Dann wechselte er ein wenig die Farbe, als ein schicker Hut und ein hübsches Gesicht an den kleinen Scheiben vorbeiginzen. Auch Herr Wilkens wechselte die Farbe und stand verlegen auf, um Fräulein Schümann zu empfangen.

„Spät, wie gewöhnlich, Peter," sagte das junge Mädchen, in einen Stuhl sinkend. Dann bemerkte sie Thießen, der an der Tür stand.

„Es ist lange her, seit Sie und ich uns gesehen haben," sprach er mit einer Verbeugung.

„Herr Thießen?" antwortete das Fräulein zweifelnd.

„Ja, Fräulein," unterbrach Herr Wilkens, ängstlich darauf bedacht, sie über seine Lage aufzuklären. „Herr Thießen besuchte mich — es war eine vollständige Überraschung für mich. Ich erkannte ihn kaum."

„Als wir drei uns das letzte Mal trafen," fuhr Thießen fort, der zu seines Wirtes Mißvergnügen seinen Platz wieder eingenommen hatte, „verprügelte Wilkens mich und Sie feuerten ihn dazu an."

Käthe Schümann betrachtete ihn aufmerksam. Es schien ihr abgeschmackt, daß dieser junge Mann derartig Vorteil aus einer Kinderbekanntschaft ziehen sollte, die elf Jahre zurücklag — und was für eine Bekanntschaft noch dazu! Ihre Blicke drückten ziemliche, von Hochmut nicht freie Überraschung aus, aber Thießen war zu erfreut, sie überhaupt auf sich gerichtet zu wissen, als daß er sich über ihren Ausdruck Sorge gemacht hätte.

„Sie waren in jenen Tagen auch ein ziemlicher Unhold," meinte Herr Wilkens und schüttelte den Kopf. „Wenn ich neunzig Jahre alt werden sollte, würde ich es nicht vergessen, wie ich damals Fräulein Käthe koppheister schießen sah. Die Art und Weise, wie sie —"

„Wie steht es mit Ihrer Erkältung?" fragte Fräulein Schümann eilig.

„Besser, Fräulein, danke!" erwiderte Herr Wilkens.

„Fräulein Schümann hat all dieses seit langem vergessen und vergeben," sagte Herr Thießen.

„Vollständig," stimmte das junge Mädchen kühl zu, „man kann sich nicht an all die Knaben und Mädchen erinnern, die man als Kind gekannt hat."

„Gewiß nicht," bekräftigte Herr Thießen, „ich finde auch, daß viele meinem Gedächtnis entfallen sind, aber an Sie habe ich eine höchst lebendige Erinnerung."

Wieder sah ihn Fräulein Schümann an, und ein sonderbarer und unglaublicher Gedanke dämmerte leise in ihr auf. Kindliche Eindrücke pflegen nachhaltig zu sein, und Ernst Thießen war in ihrer Erinnerung eine Art jugendlicher Werwolf geblieben. Er saß nun als unbefangener, energisch aussehender junger Herr vor ihr, dessen ehrliche Augen die Bewunderung, die er vor ihr empfand, nicht verbergen konnten. Entrüstung und Überraschung kämpften in ihr um die Oberhand.

„Es ist eigentümlich," bemerkte Herr Wilkens, der manchmal ein glückliches Talent hatte, unangebrachte Dinge zu sagen, „es ist doch eigentümlich, daß Sie zufällig zur gleichen Zeit kommen mußten, wie Fräulein Käthe."

„Ja, ich habe Glück," erwiderte Thießen mit einer leichten Verbeugung. Dann warf er einen boshaften Blick auf den unschuldigen Herrn Wilkens, wobei er sich im Stillen fragte, in welchem Alter ein Mann wohl die nutzlose Angewohnheit des Errötens ablegte. Ihm gegenüber saß Fräulein Schümann, ruhig beobachtend und im Gesicht einen leichten Ausdruck von Geringschätzung. Von dem alten Lehnstuhl mit seiner eigenartig hohen Rückenlehne umrahmt, der schon Herrn Wilkens Großvater gehört hatte, bot sie ein Bild, welches Ernst Thießen fortwährend mit respektvoller Begeisterung anschauen mußte. Dabei beherrschte ihn ein Gefühl hoffnungsloser Selbsterniedrigung, aber der Gedanke, daß gar Seemke nach so viel Güte und Schönheit strebte, machte ihn fast an seinem Geschlecht verzweifeln. Seine Träumerei wurde von der Stimme des Herrn Wilkens unterbrochen.

„Was, schon ein Viertel vor acht," meinte dieser Herr überrascht, „das kann ja wohl nicht sein!".

„Ich dachte, es sei schon später," gab Thießen zurück.

Herr Wilkens starrte ihn offenen Mundes an, dann schüttelte er leise den Kopf und gab die undankbare Aufgabe auf, einem jungen Manne Andeutungen zu machen, die zu verstehen derselbe zu dumm war. So verging erst noch einige Zeit, bevor Herr Thießen, sehr gegen seinen Wunsch, sich mit einem herzlichen Handschütteln von seinem Wirt und einer ehrfurchtsvollen Verbeugung von Fräulein Schümann verabschiedete.

„Ein netter Mensch ist er geworden," sagte Herr Wilkens und wandte sich höflich an seinen zurückgebliebenen Besuch, „ich glaube, er hat sich auch sehr gebessert."

Fräulein Schümann betrachtete ihn kritisch, ehe sie antwortete.

„Er scheint eine große Zuneigung zu Ihnen gefaßt zu haben," bemerkte sie.

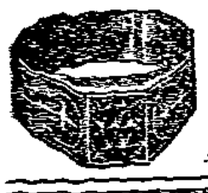
Herr Wilkens hatte darauf nur ein zufriedenes Lächeln. „Er kam, um mich in geschäftlichen Dingen um Rat zu fragen," erzählte er sanften Tones. „Er hat wohl von zwei oder drei Leuten über mich reden hören, daß ich von diesem oder jenem Bescheid wisse, und da er jung ist und eben erst anfängt, kam er zu mir, um das mit mir zu besprechen. Ich sah niemals einen jungen Mann, der so wie er erfreut und bereit war, einen Rat anzunehmen."

(Fortsetzung folgt.)

lichen Stabs der Expedition war, und Leutnant Lowers von der indischen Marine, setzten mit Aufbietung aller Kräfte ihren Weg fort, bis der furchtbare Orkan vom 29. März auch ihnen ein Ende bereitete. Alle drei wurden unter den Schneemassen begraben und sind erfroren. Dr. Atkison, der die nach Westen entsandte Expedition leitete, sandte dem Kapitän Scott Cherry, Garrard und Dimitri entgegen, als die Zeit verstrichen war, in der er hätte zurückkehren sollen. Am 3. März erreichten beide das Eintonnenlager, kehrten am 16. März jedoch wieder nach Hutpoint zurück, da sie beide erkrankt waren. Atkison brach darauf mit Cochane, dem letzten gesunden Mann der Südpolexpedition, zur Hilfe auf. Beide erreichten das Eislager, wo sie Vorräte niederlegten, mußten jedoch gleichfalls unverrichteter Sache nach Hutpoint zurückkehren. Atkison versuchte alles Mögliche, um entweder Scott oder die nördliche Abteilung der Expedition unter Leutnant Campbell zu erreichen. Es gelang ihm jedoch auf diese Weise nur, bis Butterpoint vorzudringen, und er mußte Mitte April unter allen Schrecken der Polarnacht nach Hutpoint zurückkehren. Es blieb nichts anderes übrig, als den antarktischen Winter vorübergehen zu lassen, und am 30. Oktober, als der antarktische Polarmorgen herandämmerte, verließen zwei Rettungszüge Kap Evans; der eine stand unter Dr. Atkison, der mit zwei Hundeschlitten in Begleitung Cherry, Garrard und Dimitri aufbrach, der andere wurde von Wright mit sieben Begleitern geführt, die einen Vormarsch auf Mauleseln unternahmen. Wrights Abteilung erreichte bereits am 12. November Scotts Zelt, in welchem sie den Führer sowie seine Begleiter, Dr. Wilson und Leutnant Lowers als Leichen fanden. Neben den Leichen lagen Scotts Aufzeichnungen. Wilson beschreibt die Reise zum Südpol. Von Scotts eigener Hand fand sich das genaue Reisetagebuch vor. In packenden Worten erzählte er den Tod seiner Kameraden, des Bootsmannsmaats Evans, der am Fuße des Beardmore-Gletschers tot zusammenbrach, und die heldenmütige Aufopferung des Hauptmanns Oates, dem Hände und Füße erfroren waren, und der sich trotzdem bis 16. März mit Hilfe seiner Kameraden weiterschleppte. Immer wieder und wieder bat der tapfere Mann, ihn doch zurückzulassen. Als die kleine Schar am 16. März ein Zelt bezog, schleppte sich Oates unbemerkt aus dem Zelt in den wütenden Schneesturm hinaus, um freiwillig den Tod zu suchen. Er kehrte nicht zurück. Scott und seine drei Gefährten rangen noch fünf Tage weiter. Am 21. März schlugen sie, 11 Meilen vom Eintonnenlager, ihr letztes Quartier auf, das ihnen zur Totenstatt werden sollte. In klaren Worten beschreibt Scott die Gründe, die ihn und seine Begleiter zwangen, Halt zu machen. Die ungewöhnliche Kälte des Jahres, die zwischen dem 82. und 86. Breitegrad bis auf 45 Grad Celsius unter Null herunterging, die Todesfälle der Gefährten, sowie die Verringerung des Brennmaterials machten ihm die Erreichung des Eintonnenlagers unmöglich. Der Schneesturm, der dann einsetzte, machte es den Expeditionsmitgliedern vier Tage lang unmöglich, ihr Zelt zu erreichen. „Wir sind außerordentlich schwach. Das Schreiben ist furchtbar schwierig. Wir beugen uns der Vorsehung, wenn wir unser Leben für das Vaterland lassen. Wir appellieren an den Hochsinn unserer Landsleute, für unsere Hinterbliebenen zu sorgen. Wären wir am Leben geblieben, hätten wir von großem Mut und großer Ausdauer erzählen können. Diese Notizen und unsere Leichen werden für sich davon sprechen. Aber sicherlich wird ein sehr großer Teil unserer Landsleute wie unser Vaterland es sich nicht nehmen lassen, für unsere Nachkommen zu sorgen. Robert Scott, Kapitän der königlichen Marine. 25. März 1912." Dr. Atkison beerdigte die Toten. Die Suche nach Hauptmann Oates war vergeblich. Außer den wissenschaftlichen Aufzeichnungen ist nur die 35 Pfund schwere geographische Sammlung geborgen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bienenfleiß kein Kunsthonig mit Zusätzen minderwertiger Surrogate, wie: Kartoffelmehl, Buttermilch, Stärkesirup, chem. Farbstoffen etc.
sondern „Bienenfleiss" enthält nur rein deutsche Honigarten und Raffinade.
Man achte auf unverletzte Verschluß-Schutzstreifen.
1107

(61) **Hans Köppen**

Goldschmied und Graveur
Lübeck
4 Sandstraße 4.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt 4. **Otto Albers** Kohlmarkt 10.
z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an. Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
62) Rote Lubeca-Marken.

Konfirmanden-Hüte
Herren-Hüte u. Mützen
Regenschirme, Stöcke
empfiehlt
Walter Stalbohm
1093) Hüxstraße 26.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Kücknitz.
Maskenball
verbunden mit
Kappenfest
am Sonntag, d. 16. Februar
im Lokale d. Hrn. Bieckelmann.
Anfang 6 Uhr. Maskenzug 8 Uhr. Karten sind im Lokal und bei den Mitgliedern zu haben.
Das Tanzen ist nur mit Kappe gestattet. (1064

Um Ihnen Gelegenheit zu geben, sich von der vorzüglichen Qualität unserer Marke (1108
Bienenfleiss
überzeugen zu können, werden wir uns erlauben, Ihnen in den nächsten Tagen eine kleine Kostprobe überreichen zu lassen.
Karl Häuer & Co., Lübeck.
Fernsprecher 891. Auf der Wallhalbinsel. Fernsprecher 891.

Gesangverein „Harmonia"
Schwartau-Rensefeld.
Maskenball
am Sonntag, d. 16. Februar
im Lokale des Herrn
Otto Evers, Klein-Mühlen.
Kassenöffnung 5½ Uhr.
Ballanfang 6 Uhr. Ende 3 Uhr.
Maskenzug 8 Uhr.
Demaskierung 10 Uhr.
Eintritt für unmaskierte Herren 1 Mk., eine Dame frei.
Für maskierte Herren 80 Pfg., auf Wunsch eine Dame frei.
Für einzelne unmaskierte Damen 50 Pfg. Für einzelne maskierte Damen 30 Pfg. (1105
Hierzu ladet freundlichst ein
Otto Evers. Das Komitee.

Stand 34. Markthalle Stand 34.
Wegen Schluss der Saison
verkaufe morgen Sonnabend und solange Vorrat reicht
Prima ger. Gänse-Rollbrüste . . pr. Pfd. **1.80** M.
Prima Gänseschmalz . . . . . pr. Pfd. **1.20** M.
Wilhelm Schwarz, 1083
Gänse-Spezialhandlung und Ausschlachterei.

Schuhwarenhaus Helene Kröger,
Beckergrube 33, Ecke Fünfhausen.
Günstige Einkaufsgelegenheit für
Herren-, Damen- und Kinder-Schuhwaren jeder Art.
1109 Der Konkursverwalter.

Gesang-Verein Einigkeit
St. Gertrud.
Großes humoristisch. Kappenfest
am Sonntag, 16. Februar, im Lokale Neu-Lauerhof
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr. Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei, einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
798) Das Komitee.

Hansa-Theater.
Telephon 610. Dir. Gebr. Gollbach. Telephon 610.
Des kolossalen Erfolges wegen bis 28. Februar 1913
Anfang 8¼ Uhr **Täglich** Anfang 8¼ Uhr
Rund um die Alster
mit Gebrüder Wolf.
Vorverkauf täglich bis 5 Uhr bei Sager (Kohlmarkt).
Kassenöffnung 7¼ Uhr.
Nach der Vorstellung ab 11 Uhr: (1078
Kabarett. Neue Künstler.

Sozialdemokratischer Verein Seeretz.
Umständehalber findet die Mitgliederversammlung nicht am Sonnabend, dem 15., sondern am Sonntag, dem 16. Februar statt.
1098) Der Vorstand.

Konzerthaus
Zauberflöte.
Sonnabend, d. 15. Februar:
Neue Kapelle!
Int. Tamburitza-Damen-Kapelle **Prosveta**
1106) 5 Damen, 3 Herren.
Auf vielfachen Wunsch Sonnabend u. Sonntag wieder humoristisches
Bockbierfest
Sonntag Anfang 4 Uhr
Eintritt gänzl. frei.
Kappen u. Lied. gratis.

Verein der Musiktreunde.
Sonntag, den 16. Februar 1913 abends 7 Uhr,
in der Stadthalle:
20. volkstüml. Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister Wilhelm Furtwängler.
Solist: Das Hornquartett, die Herren Seidel, Otto, Weissigk und Köthke.
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouvertüre zu „Zampa", L. Herold.
Phantasie aus „Der Trompeter von Säckingen" . . . . O. Neßler.
Ouverture zu „Mignon" A. Thomas.
Künstlerleben--Walzer . Joh. Strauß.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger. 1101

Neues Stadttheater.
Sonnabend, den 15. Februar 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
127. Vrst. i. V.-Ab. AußerSonnab.-Ab.
Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.
Kleine Preise.
Sonntag, den 16. Februar 1913.
Anfang 3 Uhr. Ende 5½ Uhr.
7. Volksvorstellung.
Jeder Platz 75 Pfg.
Der Waffenschmied
Komische Oper von A. Lortzing.
Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.
128. Vorst. i. Voll-Ab. Mittelpreise.
Neuheit! Neuheit!
Bummelstudenten
Posse von Pohl und Wilken.
In Vorbereitung: Fra Diavolo. Oper von Auber. Frau Juttas Untreue. Schauspiel von Otto Anthes. (1065

Möbel | Betten | Polsterwaren | Gardinen | Kleiderstoffe | Teppiche | Wäsche | Uhren | Tischdecken
Sehen Sie
meine leicht. Abzahlungsbedingungen
Einrichtg. 250 Mk. Anz. 25 Mk. wöch. Rate 2 Mk.
Einrichtg. 350 Mk. Anz. 35 Mk. wöch. Rate 3 Mk.
Einrichtg. 500 Mk. Anz. 50 Mk. wöch. Rate 4 Mk.
Einzelne Möbelstücke Anzahl. von 5 Mk. an
Herren-Anzüge von 6 Mk. Anzahlung an
Konfirmanden-Anzüge von 4 Mk. Anzahlung an
Damen-Konfektion 1001
Kinderwagen von 5 Mk. Anzahl. an
H. Kesten
17 Holstenstr. 17, 1. Etage.